

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Den politischen Gegner treffen

Vorgelegt: Situationsbericht zu Rechtsextremismus
in Leipzig **Seite 3**

› Ziel: Museumsscheune

Bundesweites Vernetzungstreffen „Stoppt den
Ausverkauf der Städte!“ **Seite 4**

› Die DDR-Bauern und ihre Partei

Als es auf dem Dorf noch Konsum, Kindergärten,
Kino, Kneipen und Krankenschwestern gab **Seite 12**

› Die Nacht mit Sarah

78,4 Prozent von 15 500 Anrufern sagten nicht nur
dem MDR, was FAKT ist: DDR hatte mehr gute als
schlechte Seiten **Seite 14**

8

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
18. April

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Letzte Meldung nach Redaktionsschluss:

Ministerpräsident Milbradt tritt zurück

Donnerwetter in Sachsens Regierung



Georg Milbradt kündigte am 14. April für Ende Mai seinen Rücktritt an. Gleichzeitig will er den Vorsitz der Landes-CDU abgeben. Als seinen Nachfolger schlug der 63-Jährige den bisherigen Finanzminister Stanislaw Tillich vor. Neuwahlen stünden nicht zur Diskussion, verlautet es aus der Staatskanzlei.

Die Affäre um die Landesbank Sachsen und deren Beinahe-Pleite ließen sich beim besten Willen nicht weiter aussitzen. Wer kann schon einen Ministerpräsidenten und vormaligen Finanzminister ernst nehmen, der trotz seiner führenden Posten in der SachsenLB nichts von deren Milliardenpoker gewusst haben will. Die Spekuliererei mit USA-Ramschhypotheken wird den sächsischen Steuerzahler noch über alle Maßen teuer zu stehen kommen. Zudem musste die Staatskanzlei dieser Tage einräumen, dass das Ehepaar Milbradt von der SachsenLB 1996 und 1999 Kredite von insgesamt rund 172 000 Euro in Anspruch nahm. Die hatte sich Milbradt quasi selber genehmigt, um damit in Fonds-Pro-

dukte einer Landesbank-Tochter etwa 360 000 Euro zu investieren.

Damit war das monatelange Hoffen Milbradts, der Krise doch noch zu entkommen, endgültig zerschlagen. Seine Partei sah ihn wohl nur noch als Belastung.

Es ist erst ein paar Jahre her, da flüsternten selbst treue Parteigänger „Die Biedenkopfkapriolen schaden der CDU.“ Und schon herrscht bei Sachsens Regierungspartei wieder

akute Krisenstimmung. Damals spekulierten Journalisten und Politiker-Kollegen, ob Biedenkopf die Landtagsdebatte mit dem Thema „Der Ministerpräsident und die Wahrheit“ überstehen werde. Dieser Wochen und Monate ging es im Untersuchungsausschuss SachsenLB um eben diese Frage.

Vor kaum einem halben Jahrzehnt trat der von Biedenkopf geschasste Finanzminister Georg Milbradt dessen Nachfolge an – und das wahrlich in jeder Beziehung. Die Sachsen-CDU steht wieder vor einem Glaubwürdigkeitsproblem.

Für die LINKE ist Milbradts Rücktritt lange überfällig. Auch die Koalition habe ihre Legitimation verloren, weshalb der Landtag Tillich nicht zur Wahl verhelfen dürfe, so der Linkspartei-Fraktionsvorsitzende André Hahn. Die sächsischen Wähler müssten jetzt die Chance erhalten, einer neuen handlungsfähigen Regierung den Weg zu bereiten. Die Linken erwarten von den Sozialdemokraten, dass sie das Siechtum dieser Koalition nicht verlängern.

• MX

„... daß niemals wieder ein Chinese es wagt ...“

China müßt schon wieder auf. Damals, 1900, waren es die sogenannten Boxergruppen, die sich als erste gegen die fremde Einflussnahme auf ihr Land wehrten – schließlich sogar von der eigenen Kaiserin unterstützt – und dafür von ausländischen Mächten, nicht zuletzt vom deutschen Kaiserreich, blutig niedergeschlagen wurden. Das heutige Verbrechen des einstigen Reiches der Mitte besteht darin, zu seiner alten Größe zurückzufinden – dank einer enormen Wirtschaftskraft. Für Industriestaaten wie die BRD oder die USA ist das eine skandalöse Bedrohung, weil sie ihren Einfluss – und damit angestammte Profitmöglichkeiten – zurückdrängt, zum Beispiel in Afrika.

Die Dinge haben sich geändert. Für eine Strafexpedition wie seinerzeit im Jahre 1900 ist China militärisch zu stark. Dennoch, ein kleines, feines Scharmützel muss her. Diese freche asiatische Konkurrenz ist wieder in ihre Schranken zu verweisen. Moderne Kolonialstaatsmanier weiß viele Waffen einzusetzen, beispielsweise ethnische Gruppen wie die „freiheitsliebenden“ Tibeter. Ein paar ausgewählte Menschenrechte eignen sich auch. Als wären die teilbar. Als wäre die Todesstrafe in den USA weniger schwerwiegend als die in China, als wäre der verbrecherische Irak-Krieg weniger dramatisch als gewiss massenhaft verletzte Pressefreiheit in China, als wäre die Ausrottung der Indianer eine Lappalie gegenüber der chinesischen Kulturrevolution. Als wären Armut und Sklavenarbeit – um ganz aktuell zu sein – in der BRD oder in den USA menschenwürdig. Deutsche Arroganz sollte sich ohnehin wieder einmal zügeln. Denn nicht nur in das deutsche Buch der Schande, sondern auch ins chinesische Gedächtnis ist die sogenannte Hunnenrede einge-meißelt, mit der Kaiser Wilhelm II. am 27. Juli 1900 gen China marschieren ließ:

„Eine große Aufgabe harrt eurer: ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre alte Kultur stolz ist. Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freudigen Ertragen von Leiden, mögen Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel [...] Kommt ihr vor den Feind, so wird er geschlagen. Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht. Wer euch in die Hände fällt, sei in eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutschlands in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheinbar anzusehen!“

• MAXI WARTELSTEINER

(Siehe auch Seite 7)

LN nimmt nach 15 Jahren Abschied

LEIPZIGS NEUE – vor 15 Jahren im Mai 1993 erstmals erschienen – hat sich konsequent der linken, marxistischen Bewegung verschrieben. Und das zu einer Zeit, als links zu sein, mitunter sehr verpönt war.

Nun gibt es eine bundesweite Linkspartei, gibt es neuen Aufschwung für linke Ideen und Politikhalte. Die Macher von LN aber sind 15 Jahre älter geworden, viele bereits im hohen Rentenalter, manche schon nicht mehr unter uns.

Da es kein überzeugendes personelles Konzept zur Weiterführung unseres parteiunabhängigen Blattes gibt, beschlossen wir in voller Verantwortung und wissend, welche Lücke das reißt, LN zum Halbjahresende einzustellen. Wir werden dies im Juni mit einer extrastarken Zeitung tun.

Es gibt viele gute Überlegungen, in Zusammenarbeit mit dem Mitteilungsblatt der Leipziger Linkspartei im Juli ein neues Zeitungsprojekt auf den Weg zu bringen, dem von Herzen Erfolg zu wünschen ist, an dem ich mich aber nicht beteiligen werde.

Dr. Maxi Wartelsteiner, Chefredakteur



Schwindler im Fünferpack

Wie Argus dem Springerschen Monopolblatt entnimmt, haben fünf selbsternannte Leipziger Helden dem Oberbürgermeister einen „offenen Brief“ geschrieben, in der Hoffnung, die Aufstellung des Marx-Reliefs auf dem Universitäts-Campus Jahnallee doch noch hintertreiben zu können. Sie fordern vom Herrn OB, dass er sich „eindeutig gegen diese Provokation (sic!) erklärt“ und „ihr mit all (seiner) Kraft entgegenetrete“. – Uff! Und damit der Herr Oberbürgermeister auch richtig begreift, welcher Gefahr ansonsten dem „weltoffenen demokratischen Handels- und Kulturplatz“ Leipzig droht, wenn das Kunstwerk aufgestellt wird (wie von den Provokateuren Rektor Häuser und Ministerin Stange vorgesehen), haben die Fünf für das Relief noch schnell einen Gruselnamen erfunden. Nicht AUFBRUCH würde es heißen, so behaupten sie, sondern „Leninismus-Marxismus unserer Tage“.

Das hatte Wirkung! Wo „Leninismus“ droht – und sei es auch nur in Bronze – da ist Gefahr im Verzug, sagte sich angstschauernd OB Jung, da muss ich handeln. Aber wie? Auf dem Universitätsgelände habe ich doch nichts zu sagen? Aber dann überkam ihn offenbar der Heilige Geist. Und so ließ er umgehend der „sehr geehrten Frau“ und den vier „sehr geehrten Herren“ den ihm eingeflossenen genialen Vorschlag wissen. Man könne doch den bösen Geist des Reliefs „am geplanten Standort mit einer Stahlinstallation, die den Giebel und die Rosette der Universitätskirche stilisiert nachempfunden“ bannen.

Das war es dann ja wohl nicht, was die fünf Recken eigentlich wollten. Einmal abgesehen davon, dass sich die Frage stellt, wer diesen mindestens 100 000 Euro kostenden Spaß denn bezahlen soll – Marx unterm Kirchendach? Das kann, wie die Geschichte lehrt, nur schief gehen. Es spricht für sich, dass das Helden-Quintett in seiner pathologischen Wut auf das Marx-Relief auch noch zu Schwindlern wurde. Argus meint die Sache mit dem Titel.

Sei es wie es sei – beim Umgang mit dem Relief AUFBRUCH wird erneut deutlich: Am Mitbegründer des modernen Kommunismus, Karl Marx, beißen sich die bourgeoisen Kleingeister jeglicher Couleur die Zähne aus. Dagegen hilft auch der dümmste Schwindler nicht.

P. S. Wer das Helden-Quintett denn sei? Na gut, sei ihm die Ehre erant, hier genannt zu werden. Es besteht aus dem unsäglichen Herrn Loest, den antikommunistischen CDU-Barden Steinbach und Winkler, der Stasiakten-Vergewaltigerin Schild und, man will es kaum glauben, neuerdings gehört auch der Ex-Nikolaikirchenpfarrer Führer dazu. Wahrlich, für den Atheisten Argus bestätigt sich wieder einmal, dass Gottes Wege unerforschlich sind.

LN. Die vom Leipziger Verein Bunte Platte organisierte Demonstration am Samstag, 12. April – einem Internationalen Aktionstag für Freiräume – bekräftigte die Forderung nach einem Alternativen Jugendzentrum in Leipzig Grünau.

Im November 2007 hatte die See GmbH den engagierten jungen Leuten ihr Domizil nahe des Kulkwitzer Sees gekündigt. Grund dafür waren die vermehrten Nazi-Übergriffe auf das AJZ Bunte Platte. Die Opfer rechter Bedrohung wurden zugunsten einer vermeintlichen Ruhe zu Schuldigen gemacht. Seitdem suchen die im Verein Bunte Platte organisierten Jugendlichen nach einem neuen Raum, der Basis für die Entfaltung einer demokratischen, bunten Kultur im Stadt-

Demo für Alternatives Jugendzentrum Grünau

Begreift die Stadt diese Chance?



Engagiert gegen rechte Alltagskultur

Foto: Ege

teil sein soll. Die Demonstration endete mit einer Party an einem leeren Gebäudekomplex in der Salzstraße 59a, das einen solchen Raum bieten könnte.

„Die Stadt Leipzig wäre dumm, wenn sie die Initiative der Bunte Platte nicht positiv aufgreifen würde. Grünau ist ein Stadtteil, der von Abwanderung und

Gebäudeleerstand betroffen ist. Gleichsam ballen sich dort soziale Probleme, die sich auch negativ auf die Alltagskultur im Stadtteil auswirken“, so Juliane Nagel, Landesvorstand DIE LINKE.Sachsen, Unterstützerin der Demonstration. „Ein von jungen, engagierten Leuten selbstverwaltetes soziales Zentrum, wie es der Bunte Platte vorschwebt, könnte Keimzelle einer demokratischen Kultur im Stadtteil sein.“ Dass in Grünau weiterhin eine subtile rechte Alltagskultur existiert, wurde von provozierenden Einzelpersonen am Rande der Demonstration und von den mit NPD-Aufklebern übersäten Straßenzügen illustriert. Auch der aktuelle Rechtsextremismusbericht der Stadt Leipzig weist Grünau als ein Aktionsfeld von Nazis aus (siehe S. 3)

Minister Flath und die Demokratie

LN. Der Gemeinderat des sächsischen Königswartha erklärte aus Protest gegen das drohende Aus der dortigen Mittelschule seinen Rücktritt.

Die Bildungspolitiklerin der Linkspartei-Landtagsfraktion Cornelia Falken erklärte dazu, die Schließung der Mittelschule Königswartha zum Thema des Landtags-Schulausschusses machen zu wollen. Denn es seien immer Ausnahmeregelungen

möglich, und auch eine einzige Mittelschule könne erfolgreich arbeiten. Die kollektive Aktion der Gemeinderäte sei als Hilferuf an die Landespolitik zu verstehen. Zudem spreche Kultusminister Flath immer davon, dass Mittelschulen gestärkt werden sollen – dies geschieht ja wohl nicht durch deren Schließung. Dieser Akt des Kultusministeriums spreche eher für ein gestörtes Demokratieverständnis.

Expertise zur Kinderarmut

LINKE fordert Konsequenzen statt Sonntagsreden

LN. Zu der im Auftrag des Kommunalpolitischen Forums Sachsen e. V. erstellten Studie „Kinderarmut und kommunale Handlungsoptionen in Sachsen“ (erarbeitet von Prof. Ullrich Gintzel, Professor für Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden) erklärt Dr. André Hahn, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„In Sachsen wächst jedes vierte Kind in einkommensarmen Haushalten auf. Kinderarmut ist ein Massenproblem, das massenhaft Entwicklungs- und Lebenschancen beeinträchtigt. Zu den Problemen mangelnder Ernährung, fehlender Kleidung und Arbeitsmaterialien für Schule und Bildung und des versperrten Zugangs zu kostenpflichtigen Freizeitangeboten gesellt sich die Erfahrung, aus gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen zu sein. Die Expertise gibt nicht nur Kommunalpolitikern eine gute Unterstützung mit konkreten Ratschlägen, sondern nimmt auch die Landespolitik in die Pflicht. Zu einer landespolitischen Strategie gegen Kinderarmut gehören mindestens folgende Punkte: Kostenloses Mittagessen für Kinder aus armen Familien, uneingeschränkter Zugang aller Kinder zu Kindertagesstätten unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern, tatsächliche Lernmittelfreiheit

einschließlich besonderer Förderung von Schülern aus einkommensschwachen Haushalten.“

Der Auftraggeber, die Linkspartei-Fraktion wird diese Studie den anderen demokratischen Fraktionen zur Verfügung stellen. „Insbesondere die SPD wird dann gefordert sein, unsere parlamentarischen Initiativen zur Armutsbekämpfung nicht länger aus Koalitionsdisziplin abzulehnen, sondern gemeinsame Sache im Interesse der Kinder zu machen“, so Hahn.

Prof. Gintzel führte in seinem Statement u. a. aus: „Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen, müssen mit 208 Euro im Monat alle Ausgaben des Lebensunterhalts eines Kindes unter 15 Jahren bestreiten, bei Jugendlichen sind es 278 Euro. Davon werden 77 Euro für die gesamte Ernährung gerechnet. Damit lassen sich Kinder und Jugendliche nach Studien von Ernährungswissenschaftlern nicht gesund ernähren. Dies ist eines von vielen Beispielen dafür, dass Kinderarmut eine Form der Kindswohlfährdung darstellt.“

In Sachsen leben 27 Prozent aller unter 15-Jährigen, über 120 000 Kinder und Jugendliche, in Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV-Gesetzgebung. Gemessen an der Dimension von Kinderarmut in Sachsen gibt es keine systematische Praxis zur Bekämpfung von Armut bei Kindern.“

Vattenfall droht Hamburg

Der Energiekonzern Vattenfall fürchtet um Bau des Kohlekraftwerks an der Süderelbe und erhöht jetzt kurz vor dem Ende der Koalitionsverhandlungen in Hamburg den Druck auf Bürgermeister Ole von Beust (CDU), um doch noch gegen den Widerstand der Grün-Alternativen Liste (GAL) den Neubau seines Kohlekraftwerks Moorburg durchzusetzen. „Ein Scheitern des Projekts hätte einen Dominoeffekt und wäre der Einstieg in den Kohleausstieg“, sagte der Vorstandsvorsitzende von Vattenfall Europe, Tuoma Hatakka. Dabei sollen CDU und GAL auch bedenken, dass es eine Gefahr für den Industriestandort Deutschland wäre, wenn bestehende Verträge gebrochen würden. Hatakka kündigte an, dass Vattenfall in den nächsten Tagen eine Untätigkeitsklage gegen die Hansestadt Hamburg erheben werde. Die Senatskanzlei wies das Ansinnen zurück und verwies darauf, der Konzern wisse bereits, dass die zuständige Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mehr Zeit für die Prüfung des Vattenfall-Antrags benötige. Dabei gehe es vor allem um die Kühlwasserentnahme aus der Süderelbe.

„Wir sehen uns dabei in einer starken Rechtsposition“, so der Vattenfall-Chef. Eine Schadenersatzklage sei möglich, aber er lehne Spekulationen darüber ab, was Vattenfall als Schäden geltend machen könnte, falls der Bau des 1640-Megawatt-Kraftwerks im Süden Hamburgs scheitern sollte. „Das wäre kein Stopp im Papierstadium, sondern es bliebe eine Investitionsruine mitten in der Großstadt.“ Schon vor Wochen begann der Konzern mit ersten Erdarbeiten. An der Baustelle kommt es seitdem immer wieder zu Demonstrationen von Kraftwerksgegnern. Die Höhe der schon vergebenen Aufträge beziffert Vattenfall auf 1,3 Milliarden Euro.

Bei den Koalitionsverhandlungen von CDU und GAL bleibt somit das Thema Moorburg noch immer einer der großen Streitpunkte.

• KARL-H. WALLOCH

Sie wollen den politischen Gegner treffen...

Vorgelegt: Situationsbericht zu Rechtsextremismus in Leipzig

LN: Die Zahl rechtsextremer Straftaten in Leipzig ist in den vergangenen beiden Jahren gestiegen. Das geht aus dem kürzlich vorgestellten Situationsbericht zum Rechtsextremismus in der Stadt für die Jahre 2006 und 2007 hervor. Nach Angaben der Leipziger Beratungsstelle für Opfer solcher Straftaten wurden im vergangenen Jahr 87 Vorfälle mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Hintergrund registriert. Ein Jahr zuvor seien es noch 63 gewesen, sagte Berit Lahm von der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention des Jugendamtes. „Die Situation hat sich teilweise verschärft“, äußerte Leipzigs Beigeordneter für Jugend, Soziales und Gesundheit, Thomas Fabian (SPD). Dies beginne bei sogenannten Propagandadelikten wie Hakenkreuzschmierereien und gehe bis hin zu Anschlägen auf Abgeordnetenbüros. (siehe Foto rechts).

Lahm führte die gestiegene Zahl angezeigter Propagandadelikte unter anderem auf das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung zurück. So würden immer häufiger Hakenkreuzschmierereien als Straftat angezeigt.

Während in früheren Jahren eher Menschen zwischen 27 und 40 Jahren Opfer rechtsextremer Gewalt und Bedrohung wurden, seien es heute jüngere Leipziger zwischen 18 und 26.

LN dokumentiert (unkommentiert) Ergebnisse der Studie.



Die statistische Erfassung der Straftaten im Bereich politisch motivierter rechtsradikaler Kriminalität unterteilt sich in zwei Bereiche: Propagandadelikte und Gewalttaten.

Zwischen 2004 bis 2006 ist mehr als eine Verdopplung dieser Delikte in der Stadt Leipzig festzustellen (2004: 108, 2005: 198, 2006: 257). Auch rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten stiegen im Vergleichszeitraum in Leipzig an (2004: 7, 2005: 7, 2006: 12).

Propagandadelikte sind vor allem im Umfeld von Demonstrationen und somit im Stadtzentrum zu verzeichnen, gefolgt von den Ortsteilen Südost und Grünau. Die Täterstruktur hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Waren es 2000 bis 2005 vor allem jugendliche Täter, überwog 2006 der Anteil Erwachsener. Der Verfassungsschutz rechnet im Bereich des organisierten Rechtsextremismus ca. 300 Personen in Leipzig zum Teil losen Gruppenstrukturen zu. Dies entspricht ca. einem Zehntel der organisierten Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen.

Rechtsextremistische Parteien

Die Zahl organisierter Rechtsextremer in Sachsen ist in den letzten Jahren rückläufig, dennoch kann von einer Entspannung nicht wirklich ausgegangen werden. In Leipzig sind derzeit drei Parteien aus dem rechtsextremen Spektrum aktiv.

Die NPD ist dabei bislang die aktivste Kraft gewesen und erhielt bei den letzten Wahlen Stimmenanteile zwischen 2,6% (Bundestagswahl 2005 – Chemnitz 2,9%, Dresden 3%) und 5,6% (Landtagswahl 2004 – Chemnitz 6,7%, Dresden 6,4%). Bei der Wahl des Oberbürgermeisters 2006 wurde kein NPD-Kandidat aufgestellt. Die NPD führt in Leipzig regelmäßig Veranstaltungen durch, die sowohl von der NPD-Sachsen als auch vom aktiven NPD-Kreisverband Leipzig organisiert werden. So veranstaltet der Kreisverband monatlich unter Nichtangabe des Veranstaltungsortes Vorträge zu verschiedenen Themenbereichen, für die auf der verbandseigenen Internetseite geworben wird. Die NPD nutzte auch das Umfeld anderer Veranstaltungen, um eigene Publikationen zu verteilen, so z.B. die „Deutsche Stimme“ während der Leipziger Buchmesse 2007. Die Deutsche Volksunion (DVU) trat bei den zurücklie-

genden Wahlen der Jahre 2004 bis 2006 nicht in Leipzig an und ist auch nicht mit einem Kreisverband vertreten. Jedoch wird in Leipzig ein monatlicher Stammtisch durchgeführt. Darüber hinaus trat die DVU im November 2007 mit einer Verteilungsaktion ihrer Publikation „Nationalzeitung“ in Erscheinung. Die Republikaner traten bei den zurückliegenden Wahlen der Jahre 2004 bis 2006 nicht in Leipzig an, sind aber seit 2007 mit einem Kreisverband in Leipzig aktiv. (LN berichtete).

Außerdem versuchten die Republikaner 2007, die Aktivität eines ihrer jungen Mitglieder im Stadtschülerrat zu unterstützen.

Szenen und Erscheinungsformen

Seit Oktober 2006 agieren rechtsextreme Gruppen wieder aktiv, provokant und aggressiv in der Öffentlichkeit. Hierzu zählen Aktivitäten von Anbietern verschiedener Produkte für die rechtsextreme Szene (z. B. Ladengeschäft Tönsberg) sowie von Mitgliedern einer Bruderschaft (Aryan Brotherhood) und zweier Kameradschaften (Freie Kräfte/ Freier Widerstand und Kameradschaft Schönefeld). Die Kameradschaft „Freie Kräfte Leipzig“ trat im Dezember 2006 bei gewalttätigen Auseinandersetzungen am Kino „Cineding“ im Umfeld einer Veranstaltung des Bürgertreffs Lindenau / Plagwitz in Erscheinung (LN berichtete). Die „Kameradschaft Schönefeld“ versteht sich als politischer Gesprächskreis und organisiert in Gartenlokalen Zusammenkünfte mit dem Ziel, Mitglieder zu suchen und zu rekrutieren.

Versammlungen und Demonstrationen

Der Hamburger Neonationalsozialist Worch führte von Herbst 2001 bis einschließlich Sommer 2007 regelmäßig rechtsextremistische Demonstrationen in Leipzig durch. Damit wurde unter anderem versucht, rechtsextremistisches Potential in Leipzig zu rekrutieren. Die bis in das Jahr 2014 reichende Anmeldung von Versammlungen jeweils am 1. Mai und 3. Oktober zog Worch zwischenzeitlich zurück, nachdem er am 21. Juli 2007 nur 36 Teilnehmer verzeichnen konnte. Anlässlich einer linksorientierten Demonstration am 16. Juni 2007 in Leipzig-

Grünau versuchte eine Gruppe von ca. 50 Rechtsorientierten, diese zu stören. Am 8. Dezember 2006 wurde unter dem Motto „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“ in Leipzig-Gohlis ein Aufzug durchgeführt, dessen Anmelder der rechtsextremistischen Szene des Leipziger Umlandes angehört. Es nahmen 65 Personen teil, obwohl im Vorfeld keine öffentlichen Mobilisierungsaktivitäten zu verzeichnen waren.

Situationsbild in den Stadtbezirken

Die Ergebnisse der Landtagswahl 2004 zeigen, dass einzelne Ortsteile wie Volkmarisdorf und Großschocher mit einem vergleichsweise hohen Stimmanteil für eine rechtsextreme Partei auffallen. Flankierend zu Wahlverhalten sowie rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen ist bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen die aktionsbetonte öffentliche Präsenz wieder stärker in Erscheinung getreten. Im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit führten intensive Fachdiskussionen bereits vor einigen Jahren dazu, sich im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen zu positionieren und Grenzen aufzuzeigen. In Leipzig wird auf

dieser Grundlage keine akzeptierende Jugendarbeit mit extremen Gruppen geleistet.

Gegenstrategien

Das sind Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung von Familienfreundlichkeit, Lebensqualität und Internationalität, Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Demokratieverständnis. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die jugendpolitischen Leitlinien der Stadt.

Schwerpunkte setzen dabei die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens, die Bekämpfung von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus und die Stärkung der Demokratieerfahrung. Festgeschrieben sind diese auch im Fachplan Kinder- und Jugendförderung der Stadt Leipzig, der 2007 vom Stadtrat votiert wurde. Besonders die Zielgruppe der Kinder im Vorschulalter wird in Leipzig mit dem Bildungsplan Kindertagesstätten erreicht. Ein zentrales Element ist dabei die Förderung der Sprachentwicklung als Voraussetzung für Kommunikation und soziales Miteinander.



Reudnitzer überlassen ihren Stadtteil nicht den Rechtsradikalen. Mit Phantasie und Haltung bewiesen sie am 12. April ihr Engagement. Fotos:Ege

Ziel: Museumsscheune

**Bundesweites Vernetzungstreffen „Stoppt den Ausverkauf der Städte“
Anfang Mai in Liebertwolkwitz**

Unübersehbar: In Städten und Gemeinden steht die Privatisierung auf der Tagesordnung. Immer mehr Bürger sehen das als Angriff auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen, die in Jahrzehnten aufgebaut wurden. Das ist nicht erst seit heute zu beobachten und der Druck hat zugenommen. Viele Kommunen wurden durch jahrelange chronische Unterfinanzierung in eine schwierige Haushaltslage gebracht.

Gegen Marktgläubigkeit

Auf europäischer Ebene treibt die EU-Kommission im Verein mit Konzernen und Regierungen im Namen des „Wettbewerbs“ diese Politik voran. Begleitet durch eine Marktgläubigkeit – propagiert von Politikern und entsprechenden Medien – die den Privatisierungsbefürwortern in die Hände spielt. Doch die Städte bleiben in der Verantwortung, die Grundversorgung ihrer Bürger mit sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dienstleistungen zu sichern. Dazu gehören unter anderem Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, der Personennahverkehr, die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft und nicht zuletzt bezahlbarer Wohnungen. Zur Sicherung dieser öffentlichen Daseinsvorsorge sind Unternehmen und Betriebe in kommunalem Eigentum unverzichtbar!

Zur Erinnerung: Viele Städte haben bereits Teile ihrer kom-

munalen Daseinsvorsorge verkauft an Energieriesen, Hedge-Fonds oder Private-Equity-Gesellschaften. Neben wirtschaftlichen Handlungsspielräumen wurde damit auch nachhaltiger demokratischer Einfluss der Bürger aus der Hand gegeben. Einer kurzfristigen Entlastung der Finanzsituation steht gegenüber, dass auf Dauer städtische Gestaltungsmöglichkeiten beseitigt oder eingeengt werden. Dagegen haben sich nicht nur an der Pleiße Initiativen gebildet, die zum Teil – wie in Freiburg oder Leipzig – mit Erfolg Bürgerentscheide durchgesetzt und den Verkauf kommunalen Eigentums verhindert haben. In anderen Städten – von Bergkamen bis Potsdam – führte öffentlicher Druck dazu, dass Kommunen ihre Betriebe wieder in eigene Regie übernahmen. Erfahrungen dazu sollen Anfang Mai in Leipzig bei einem bundesweiten Treffen ausgetauscht werden.

Bundesweite Daseinsvorsorge ist gefragt

Nun hat sich die Leipziger Bürgerinitiative ein neues Motto gewählt, das nicht mehr „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“, sondern „Stoppt den Ausverkauf der Städte“ heißt. Dazu Mike Nagler, der das „Scheuentreffen“ mitorganisiert: „Bundesweit steht in Städten und Gemeinden die Privatisierung von weiten Bereichen der Daseinsvorsorge auf der kommunalpolitischen Agenda. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass

sich viele lokale Netzwerke bilden, miteinander verbinden, ihr Mitspracherecht einfordern und Privatisierungsvorhaben stoppen oder auch Initiativen zur Rekommunalisierung ins Leben rufen.“

Zusammenarbeiten werden also Gruppen von Potsdam bis Bergkamen, die schon etwas erreicht haben, mit Initiativen, die bei der Gegenwehr erst am Anfang stehen. Das Vernetzungstreffen ist für den 3. Mai geplant und wird in der Museumsscheune in Leipzig-Liebertwolkwitz stattfinden. Die Einlader sind überzeugt: Die Bedingungen für ein nachhaltiges „Nein“ zum schrittweisen Ausverkauf der Städte und Gemeinden sind gegeben.

PS:

Angemeldet sind auf jeden Fall schon Wolfgang Franke, Bernhard Krabiell, und Mike Nagler von der Leipziger Initiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“, Hendrik Guzzoni, Dr. Bernd Wagner und Professor Dr. Günter Rausch von der Freiburger Initiative „Wohnen ist Menschenrecht“, Reinald Schnell, Lothar Reinhard und Uwe Tschirner von der Mühlheimer Initiative „Mühlheim bleibt unser“, Dorothea Härlin, Hermann Werle und Joachim Oellerich vom „Berliner Wasser-tisch“, vom Berliner Bündnis gegen Privatisierung und von der Berliner Mieter-Gemeinschaft.

• JOACHIM MICHAEL

Rückblick und Vision

In Reaktionen auf Privatisierungsdebatten in der CDU und FDP sprachen sich seit 2004 verdi, attac und BUND für eine Kontrolle der öffentlichen Dienstleistungen durch die Bürger aus. Ab Mitte Februar 2006 hatte sich das Antiprivatisierungsnetzwerk (APRIL) gebildet, in dem zunächst Vertreter der Gewerkschaft VERDI, Attac, der Leipziger Mieterverein und Stadträte von PDS/DIE LINKE sowie später Bündnis 90/Grüne und zahlreiche Bürgervereine mitarbeiteten.

Nur solche Netzwerke dürften, abgesehen von Ausnahmen, finanziell und personell in der Lage sein, in großen Ballungsräumen viele Bewohner für solche nicht immer einfache Sachfragen zu erreichen und zu sensibilisieren.

Alls das geschah wegen der damals unmittelbar bevorstehenden Beschlussfassung des Dresdner Stadtrates zum Totalverkauf der kommunalen Wohnungs- und Baugesellschaft (WOBA). Es war klar, dass in Dresden ein Dammbuch erfolgen würde und anschließend Leipzig bei fehlendem Widerstand, wegen der damaligen Privatisierungsdiskussionen in der Stadt, medial dafür eingestimmt würde. Damit ergaben sich aber gleichzeitig Chancen zum Widerspruch. Beispielsweise mit guten Argumenten für den Erhalt der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft und anderer Unternehmen einzutreten, was intensiv genutzt wurde. Nicht nur Mitglieder des Netzwerkes, sondern auch Stadtratsmitglieder, wie Annemarie

Opitz (CDU), Ingo Sasama (Bündnis 90/Grüne und Siegfried Schlegel (Linke/PDS) - gleichzeitig LWB-Aufsichtsratsmitglieder - bezogen in einer gemeinsamen Erklärung, unterlegt mit Zahlen und Begründungen, Position gegen den Verkauf des Wohnungsunternehmens.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Leipziger Bürgerentscheides beenden die Akteure nicht etwa ihre Arbeit. Vielmehr wollen die zahlreichen Mitglieder im Rahmen eines Netzwerkes die vielfältigen Erfahrungen und Positionen aus Parteien, Gewerkschaften, Vereinen sowie Verbänden gemeinsam diskutieren und Vorschläge zur Leipziger Haushaltsanierung unterbreiten.

Oft wird ausschließlich nur vom Verhältnis Verwaltung und Bürger gesprochen. Dabei wird einfach ignoriert, dass Transparenz und Kontrolle kommunaler Unternehmen nicht nur durch die Öffentlichkeit und Kunden- oder Mieterbeiräte erfolgt, sondern auch durch die mit Stadträten besetzten Aufsichtsgremien erfolgt, die neben fast unbegrenzter Kontroll- und zahlreichen Mitbestimmungsrechten gleichermaßen Pflichten haben. Bei Teilprivatisierungen sind diese Möglichkeiten zumindest eingeschränkt und bei Vollprivatisierungen ausgeschlossen. Was oft vergessen wird, auch Kommunalpolitiker sind Bürger dieser Stadt. Nur, dass sie durch die Bürgerschaft in die Verantwortung für die Kommune gewählt wurden.

• S. SCHLEGEL



Sieht so das Zooschaufenster der Zukunft aus?, fragen nicht nur die „Waldstraßenviertel-NACHRICHTEN“ sondern zunehmend auch viele Leipziger.

Trübe Aussichten?

Das war eine Aufregung, als im Sommer vergangenen Jahres ein Hund durch den Wassergraben des Zooschaufensters schwamm und die Wildtiere auf der anderen Seite dumm anbellte. Zum Glück fiel der Eindringling den Pflegern auf und so konnte eine eventuelle Panik unter den sensiblen Savannen-Bewohnern vermieden werden. Bräche sich eine langbeinige Giraffe selbige, sie würde es vermutlich nicht überleben.

Jetzt wo die Abende – dank Sommerzeit – wieder länger werden, lockt es zunehmend mehr Leipziger an dieses vom einstmaligen Zoodirektor Seifert angeregte schöne und attraktive Fleckchen im Rosenthal.

Inzwischen ist sehr viel Zeit vergangen, und wie aus dem Rathaus zu hören war sieht „das neue Marketingkonzept keine Einblicke in den Zoo“ vor.

Na klar, die Leute sollen Karten kaufen, und wer das aus pekuniären Gründen nicht kann, der trampelt sich hier schon mal seinen Pfad, was auch unübersehbar ist. Bis zur Sommersaison soll ein sehbarer Kompromiss gefunden werde. Die Sicht des Zooschaufensters, das vor Jahrzehnten für beide Seiten – sprich: drinnen und draußen – sehr attraktiv war, hat es verdient. Und die vielen Spaziergänger auch...oder gibt es etwa bald das entsprechende Riesenposter im Rosental(siehe oben)?

Das fragt ...

Euer
Lipsius



Rätselhafter Widerspruch

Die positive Entwicklung der Arbeitslosenzahlen seit Januar hielt auch im März an. Der Rückgang zum Februar beträgt 1666 und zum Vorjahr 7253. Die Gesamtzahl entspricht damit noch immer 61 290 Arbeitssuchenden oder, um es anders zu sagen, 15,5 Prozent.

Als Gründe führte der Leipziger Agenturchef die günstige Entwicklung der Wirtschaft und die üblichen saisonalen Effekte an. Die zu konstatierende leichte Entlastung wirke auf alle Personengruppen, so war es zu vernehmen. Wer sich schon über Jahre mit diesen Zahlen und den dahinter stehenden Schicksalen beschäftigt, zeigt sich aber doch etwas überrascht.

Der Widerspruch entsteht bei den Stellenangeboten. Trotz allerorten bekundeten Fachkräftebedarfs brach der monatliche Zugang auf dürftige 1395 Angebote herunter. Das sind immerhin knapp 40 Prozent weniger als im Februar dieses Jahres. Dabei geht es um „echte“, das heißt ungeforderte Stellen. Das Rätsel blieb im Raum stehen ...

Weiterhin hoch, mit immerhin 8238 Neuanmeldungen, steht die Zahl von Arbeitslosen zu Buche, das entspricht Vorjahresniveau. Jedes Jahr im März werden erste Angaben zum Ausbildungsjahr gemacht. 5912 Bewerber haben sich gemeldet, ein deutlicher Rückgang um 20,6 Prozent.

Die Mitarbeiter der ARGE haben im letzten Jahr. 250 000 Bescheide ausgesprochen, davon 105 000 ALG-II-Bewilligungen. Widersprüche gab es 17 547. Besonders auffällig dabei: Ungelöste Computerprobleme und rechtliche Grauzonen. Nahezu unwirklich war der Hartz-IV-Ombudsrat mit Kurt Biedenkopf.

• JOACHIM SPITZNER

Freie Szene fordert: eine Handvoll



5 FÜR LEIPZIG

Am 12. April tagte der Finanzausschuss, in dem die Stadtratsfraktionen ausführlich über den Haushalt diskutierten. In einer Sondersitzung am 24. April soll dann das Geldpaket im Stadtrat verabschiedet werden. Bis dahin sind Änderungen theoretisch noch möglich. Leipzigs „Freie Szene“ bringt sich seit Monaten intensiv und originell in diese Diskussionen ein.

Insgesamt sind für das Jahr 2008 im Kulturamt Anträge mit einem Gesamtvolumen von 3 690 000 Euro eingegangen. Der letzte Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2008 sieht für die Förderung der freien Kultur-Szene knapp 1 900 000 Euro vor - das wären etwas weniger als 1,9 Prozent des Gesamtetats.

Die „Freie Szene“ streitet weiterhin für fünf Prozent des Kulturetats der Stadt. Was verbirgt sich hinter dieser „Freien Szene“?

Die Standorte der Zentren sind historisch gewachsen, ihre Angebote ergänzen einander und sie sind in den 17 Jahren ihrer

Entwicklung zu unverzichtbaren Stätten des kulturellen, sozialen und kommunikativen Gefüges in den jeweiligen Stadtteilen geworden. Man denke nur an den ANKER (Möckern), die Begegnungsstätte Mühlstraße (Reudnitz/Thonberg), das Conne Island (Connewitz), die Frauenkultur (Connewitz), das GeysersHaus (Eutritzsch), das Haus Steinstraße (Südvorstadt), die naTo (Südvorstadt), die VILLA (Zentrum) und das WERK II (Connewitz).

Es darf auch mal etwas theoretischer formuliert werden:

Soziokulturelle Arbeit ist in einem Überschneidungsbereich von überwiegend selbst organisierter Kulturarbeit, Bildungsarbeit und sozialer Arbeit angesiedelt. Schon in ihrer theoretischen Begründung in den frühen 70er Jahren hat sie einen starken Bezug zu Ideen der Demokratisierung der Gesellschaft, einer Bewahrung der europäischen Traditionen städtischen Lebens, mit dessen spezifischen Qualitäten sowie zu einer

individuellen Erweiterung des Zugangs zur „Kultur“ und eigener ästhetischer Praxis.

Und jetzt wird es noch einmal pekuniär: Es gibt verschiedene Anträge von Stadtrats-Fraktionen und auch des Kulturausschusses, die Fördersumme zu erhöhen. Die Verwaltung sieht maximal 300 000 Euro zusätzliche Euro als möglich - davon sollen 50 000 Euro an die Dok-Woche gehen. Das Pikante daran: Die Dok-Woche ist eine städtische GmbH und damit nicht der „Freien Szene“ zuzuordnen.

Fazit:

Damit würde die für die freien Kulturprojekte zur Verfügung stehende Summe auf maximal knapp 2 150 000 Euro oder schlappe 2,1 Prozent steigen - weit weniger also, als die von den Politikern angekündigten 2,5 Prozent und gegenüber der Forderung der Freien von fünf Prozent eine wohl mehr symbolische Verbesserung.

• MIZO

Anzeigen

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus

»Die Wache ist müde«
Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen
herausgegeben von Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner

Dietsch Berlin

Band VI der Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus
416 Seiten, gebunden
24,90 Euro, ISBN 978-3-320-02140-5

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel. 030 2978-4533/-4534 · Fax 030 2978-4536
info@dietzberlin.de, www.dietzberlin.de

In der Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus sind bisher erschienen

Band I
Klaus Kinner
Die deutsche Kommunisten Selbstrezeptionsanalyse und BauKult
Band I
Die Weimarer Zeit
239 Seiten, gebunden
14,90 Euro
ISBN 978-3-320-01079-3

Band II
»Räuber-Konferenzen
Der KPD von 1933
auf CD-ROM
Hrsg. von Günther Frick/
Erwin Lewin/Ella Berger/
Sofia Weber
Schuber mit CD
14,90 Euro
ISBN 978-3-320-02093-5

Band III
Rosa Luxemburg
Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes
Hrsg. von Klaus Kinner/Hedeler/Sofia Weber
336 Seiten, gebunden
18,90 Euro
ISBN 978-3-320-02091-1
Zur Zeit nicht lieferbar

Band IV
LUXEMBURG oder STALIN
Schicksal 1928
Die KPD am Scheitern
Hrsg. von Ella Berger/
Wladislaw Hedeler/
Hans Helms/
Klaus Kinner
304 Seiten, gebunden
mit Dokumenten-CD
18,90 Euro
ISBN 978-3-320-02098-4

Band V
Klaus Kinner/Ella Berger
Die deutsche Kommunisten Selbstrezeptionsanalyse und Resultate
Band 2
Gegen Faschismus und Krieg (1933-1939)
328 Seiten, gebunden
19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02062-0

Bestellungen erbeten an:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.,
Harkortstraße 10,
04107 Leipzig
Telefon:
0341 - 9608531
Fax: 0341 - 2125877
e-mail:
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Weitere Informationen zu unseren lieferbaren Veröffentlichungen unter
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

In der Vorstandssitzung vom 14. März hat der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen mit nur einer Gegenstimme eine Erklärung unter der Überschrift „DIE LINKE. Sachsen ‚Freiheit und Sozialismus‘“ verabschiedet, die die Kampagne gegen Christel Wegner zu einer Kampagne gegen die Programmatik der DKP ausweitet. Während der Partei DIE LINKE. bescheinigt wird, eine Position der untrennbaren „Einheit“ von „Freiheit und Sozialismus“ zu vertreten, unterstellt man der DKP, einer „stalinistischen Interpretation der Machtfrage“ anzuhängen. Mit einer Neuauflage eines neostalinistischen Machtverständnisses haben wir, aber erklärtermaßen auch die DKP, nichts am Hut.

An die Adresse der DKP wird außerdem erklärt: „Die Beschwörung von Zusammengehörigkeit und das emotionale Bekenntnis zum hohen Wert der Einheit schaffen real existierende Differenzen und Konflikte nicht aus der Welt.“ Als ein landesweiter Zusammenschluss der Partei Die LINKE., in deren Reihen neben 30 Mitgliedern unserer Partei und etwa 30 parteilosen Linken auch Mit-

Während der Partei DIE LINKE. bescheinigt wird, eine Position der untrennbaren „Einheit“ von „Freiheit und Sozialismus“ zu vertreten, unterstellt man der DKP, einer „stalinistischen Interpretation der Machtfrage“ anzuhängen. Mit einer Neuauflage eines neostalinistischen Machtverständnisses haben wir, aber erklärtermaßen auch die DKP, nichts am Hut.

glieder der DKP sind, mit denen wir mehrfach mit Gewinn programmatische Fragen diskutiert haben, können wir solche Differenzen und Konflikte, die uns von der DKP trennen, nicht erkennen.

Erstens werden programmatische Fragen – insbesondere des Sozialismusverständnisses – angesprochen, die durchaus auch in unserer Partei heftig umstritten und noch gar nicht entschieden sind. Die Fronten hinsichtlich real existierender Differenzen und Konflikte verlaufen anders, als sie die Erklärung darstellt. Während der Landesvorstand der Verabschiedung eines Parteiprogramms vorgreift, indem er Sozialismus sehr abstrakt und

Angebliche und tatsächliche Differenzen zu Freiheit und Sozialismus

Standpunkt des Marxistischen Forums Sachsen in und bei der Partei DIE LINKE.

unbestimmt (wie einst im Godesberger SPD-Programm) als „gegründet auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ definiert, ist unsere Sozialismusvorstellung eine ganz andere und viel komplexere. Wir halten sehr viel von einer „Freiheit durch Sozialismus“. Und wir sind in diesem Sinne der Auffassung, dass Sozialismus eine alternative nichtkapitalistische, eine demokratische gemeinwirtschaftliche Gesellschaft ist, gegründet auf dem Gemeineigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. So ähnlich steht das übrigens auch im Programm der DKP und das war auch Gründungskonsens der PDS.

Zweitens hat der Landesvorstand die Pflicht, sich mit den tatsächlichen Äußerungen von Christel Wegner vertraut zu machen und nicht das weiter zu verbreiten, was die bürgerlichen Medien durch Hinzufügen, Weglassen und Verdrehen daraus gemacht haben. Nach dem Tonbandprotokoll hat Genossin Wegner ohne Bezug auf die „Stasi“ im Zusammenhang und nach der Äußerung „Jeder Staat versucht ja sozusagen, sich vor Angriffen von außen zu schützen“, gesagt: „Ich denke, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da sogar so ein Organ braucht“. (Zur Bewertung dieser Position siehe den übernächsten Punkt).

Drittens moniert der Landesvorstand die Aussage im Programm der DKP, „die Niederlage des Sozialismus (sei) zugleich das Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution“. Es wird negiert, dass die DKP zuvor über drei Seiten hinweg über die „positiven wie die negativen Erfahrungen“ des realen Sozialismus spricht (während der Landesvorstand über die positiven Erfahrungen schweigt). Dabei wird im Zusammenhang mit den Ursachen der Niederlage darauf hingewiesen, dass es zur Verschmelzung von Partei und Staat „zu einem administrativ-bürokratischen Apparat“, zur „Missachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit, durch Repression, durch Massenverfolgung und Verbrechen“ kam und „die

gesellschaftlichen Verhältnisse zunehmend erstarrten“. Es bleibt eine vom Landesvorstand gesehene Differenz zu der Formulierung, dass die Niederlage auch das Ergebnis der inneren und äußeren Konterrevolution war. Wir zumindest sehen das genau so wie die DKP und würden gerne wissen, warum das nicht so sein darf, obwohl das doch sehr wohl zutrifft.

Viertens wird eine weitere programmatische Differenz darin gesehen, dass die DKP im Gegensatz zum Landesvorstand

Wir halten sehr viel von einer „Freiheit durch Sozialismus“. Und wir sind in diesem Sinne der Auffassung, dass Sozialismus eine alternative nichtkapitalistische, eine demokratische gemeinwirtschaftliche Gesellschaft ist, gegründet auf dem Gemeineigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln.

beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft es für nötig halte, „die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern“. Wir sind beim besten Willen nicht in der Lage, uns über diese Formulierung zu empören. Wir wundern uns nur auch angesichts jüngerer Erfahrungen über die hier nach den Regeln der Logik definitiv vertretene Position, die Anwendung von Gewalt seitens der Reaktion gegen einen sich entwickelnden Sozialismus und dessen Staat sei in Ordnung. Ist das auch hinsichtlich der terroristischen Gewaltanwendung der Reaktion in Chile gegen die sozialistische Regierung Allende, aufrecht zu erhalten? Soll das ein Ratschlag für Präsident Chávez in Venezuela sein? Warum wird übersehen, dass auch im Kampf gegen die DDR galt, was einst der CIA-Mitarbeiter Harry Rositzke formulierte: „Es war unbedingt notwendig, dass wir jeden Schweinhund verwendeten, Hauptsache, er war Antikommunist.“

Fünftens spricht sich der Landesvorstand „entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikom-

munismus“ aus. Das erstere ist der DKP nicht vorzuwerfen, es sei denn, und das wäre geradezu grotesk, man versteh unter Antisozialdemokratismus auch eine Kritik an neoliberaler Politik, wenn sie von SPD-Politikern betrieben wird. Das letztere, die Zurückweisung des Antikommunismus, ist erfreulich, aber doch schwer zu glauben, da sich die Erklärung in einigen Punkten wie eine (missglückte) Argumentationshilfe für einen Verbotantrag gegen die DKP vor dem Bundesverfassungsgericht liest (oder für einen demnächst zu erwartenden Beschluss gegen die Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf der Liste unserer Partei bei Kommunalwahlen?).

Sechstens wissen auch wir, dass man sich bei vorbereiteten Erklärungen oft auf diejenigen verlässt, die sie einbringen. Umso schwerer wiegt die Verantwortung der Genossen Sebastian Scheel und Stefan Hartmann. Da sie ganz offensichtlich das Programm der DKP gelesen haben, sind sie zu fragen, warum sie die Programmatik der DKP verfälschen, um sich dann von ihr distanzieren zu können.

Die Erklärung suggeriert ungerechtfertigterweise das Fehlen der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE LINKE. und der DKP. Auf dieser Grundlage lässt sie dann auch die Solidarität vermissen, die die Genossin Wegner angesichts ihres Eintretens für antikapitalistische, sozialistische Ziele einerseits und des Missbrauchs und der böswilligen Missdeutung ihrer Äußerungen durch die bürgerlichen Medien andererseits verdient hätte. Dies ist bedauerlich, und daher ist diese Erklärung entschieden zurückzuweisen.

MARXISTISCHES FORUM SACHSEN IN UND BEI DER PARTEI DIE LINKE,
Vorstand und weitere Mitglieder:

Ekkehard Lieberam,
Siegfried Kretzschmar,
Hans-Joachim Siegel, Dieter Götzke,
Herbert Münchow, Werner Roß, Horst Schneider, Ingo Wagner, Bernd Koenitz
Leipzig, den 10. April 2008

9. April

Dresden: Im Koalitionsstreit um die Sachsen-LB und ein privates Bankgeschäft von Regierungschef Milbradt hat die sächsische CDU der SPD ein Ultimatum gestellt. Bis Dienstag fordert sie ein Bekenntnis der Sozialdemokraten zur Koalition. Die SPD wies das Ultimatum zurück. Landeschef Jurk sagte, Ultimativen seien kein Mittel für eine Zusammenarbeit. Die Parteigremien würden nun das weitere Vorgehen beraten.

10. April

Dresden: In Dresden beginnt heute der erste Prozess gegen die verbotene rechts-extreme „Kameradschaft Sturm 34“. Fünf Mitglieder im Alter von 19 bis 40 Jahren müssen sich vor dem Landgericht verantworten. Ihnen wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Verhandelt werden aber auch Fälle von Körperverletzung, Landfriedensbruch und Volksverhetzung. Die „Kameradschaft Sturm 34“ war vor einem Jahr verboten worden.

Radebeul: Der Bamberger Verleger Schmid hat das 3,5-Mio.-Euro-Angebot

SACHSEN-CHRONIK

(9. April bis 14. April)

des Landes Sachsen für den Nachlass Karl Mays abgelehnt; er beharrte auf der Forderung von 75 Mio. Euro. Nach einem Gutachten soll der Nachlass eins bis sieben Mio. Euro wert sein. Es geht um etwa 10.000 Seiten, darunter Briefe, Gedichte, Postkarten und Notizbücher sowie Originalmanuskripte.

11. April

Leipzig: Ein Unwetter mit starkem Regen hat in Teilen Sachsens zu Überschwemmungen geführt. Besonders betroffen war der Regierungsbezirk Leipzig. Zahlreiche Straßen waren durch Geröll und Schlamm gesperrt, darunter die Bundesstraße 107 bei Großbothen und die B 182 bei Belgern. Auch kleinere Straßenabschnitte bei Borna und Mügeln waren zeitweise nicht befahr-

bar. In Hohenstein-Ernstthal musste die Ringstraße gesperrt werden, da die Gullys die Wassermassen nicht bewältigten. In Chemnitz war der Pleiße-Bach über die Ufer getreten. Zwischen Freiberg und Weißenborn gab es einen Erdbeben.

Dresden: Der DGB Sachsen hat das Innenministerium aufgefordert, alle V-Leute aus rechtsextremen Gruppen abzu ziehen. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für ein neues NPD-Verbotsverfahren. Zudem sei es ein Skandal, dass der Einsatz von V-Leuten verhindert, dass rechtsradikale Schläger zur Rechenschaft gezogen werden.

12. April

Dresden: Die Linke in Sachsen will bei Wahlen an offenen Listen festhalten. In

Sachsen will die Linke mit rund 700 Kandidaten zur Kommunalwahl am 8. Juni antreten. Angesichts der Koalitionskrise von CDU und SPD forderte Cornelia Ernst die Neuwahl des Landtags. Die Linke in Sachsen ist mit 13.300 Mitgliedern der größte Landesverband.

13. April

Leipzig: Etwa zehn Verrummte haben den musikalischen Vorentscheid für das Festival „Leipzig.Courage zeigen“ gestört. Sie randalierten vor einem Club, in dem die Veranstaltung lief. Dabei wurden Fensterscheiben und ein Schaukasten eingeschlagen sowie ein Feuerwerkskörper in das Gebäude geworfen. Als die Polizei eintraf, waren die Angreifer verschwunden.

14. April

Dresden: Der wegen des Landesbank-Debakels unter Druck stehende sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) tritt zurück. Nachfolger soll Finanzminister Stanislaw Tillich werden. Die Opposition verlangt Neuwahlen. „Die Koalition hat ihre Legitimation verloren“, sagte der Fraktionschef der LINKEN, André Hahn.

Der britische Journalist James Miles (*The Economist*) befand sich bei Ausbruch der Unruhen in Lhasa. Der Fernsehsender CNN brachte am 20. März 2008 ein Interview mit ihm, in dem er als Augenzeuge über diese Ereignisse berichtete. Bemerkenswert sind dabei seine Beobachtungen vom Ausbruch der Gewalttaten: „Was ich sah, war berechnete Gewalt, gerichtet gegen eine Volksgruppe, oder besser gesagt, zwei Volksgruppen. In erster Linie die ethnische Gruppe der in Lhasa lebenden Han-Chinesen, aber auch Mitglieder der moslemischen Hui-Minderheit in Lhasa. Und die Huis in Lhasa kontrollieren den größten Teil der Fleischindustrie in der Stadt. Diese zwei Gruppen wurden vor dem Ausbruch der Gewalt von ethnischen Tibetern dadurch gekennzeichnet, dass ihre Geschäfte nicht markiert wurden, während jene, die Tibetern gehören, traditionelle weiße Schals erhielten und verschont wurden. Fast alle anderen Geschäfte in der gesamten Stadt, nicht nur im alten tibetischen Viertel, sondern auch in Bereichen, die von Han-Chinesen dominiert sind, wurden entweder angezündet, zerstört, geplündert, eingeschlagen, das darin befindliche Inventar auf die Straße geworfen und ver-



Trutzig und weit über dem Volk, der Potala-Palast in Lhasa, der einstige Sitz des Dalai Lama. Und: Wohin man auch schaut im Himalaja-Land: Mönche



Tibet: Wem nützen die Ausschreitungen?

Konzertierte Aktion

Großmächte USA und BRD sehen ihre Vormachtstellung im Welthandel durch das Wirtschaftswachstum der Volksrepublik China bedroht

die vollständige Untätigkeit der Verwaltungen. Es schien, als ob sie von Unentschlossenheit gelähmt und nicht handlungsfähig waren. Der Aufruhr verbreitet sich rasch aus der

ner Tibets im Falle einer erfolgreichen Trennung „nach China zurückkehren müssen oder, wenn sie bleiben wollen, als Ausländer behandelt werden. Am politischen Leben dürfen sie jedenfalls nicht teilnehmen.“ Er konnte sich bereits zu dieser Zeit auf internationale Unterstützung durch die seit 1990 stattfindenden „International Tibet Support Groups Conferences“ stützen. Diese werden seit 1996 auch maßgeblich von der bundesdeutschen FDP-nahen und vorwiegend aus staatlichen Mitteln finanzierten Friedrich-Naumann-Stiftung gefördert.

Vom 11. bis zum 14. Mai 2007 fand in Brüssel die fünfte „International Tibet Support Groups Conference“ statt, mit deren Vorbereitungen die Friedrich-Naumann-Stiftung schon im März 2005 begonnen und ihr Vorgehen mit dem Dalai Lama abgestimmt hat. Die Teilnehmer dieser Konferenz (36 tibetische Verbände und 145 Tibet-Unterstützungsgruppen aus 56 Ländern) einigten sich auf einen „Aktionsplan“, der als „Road-

map für die Tibet-Bewegung der kommenden Jahre“ bezeichnet wird. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, Rolf Berndt, erklärte dazu, die Olympischen Spiele seien „eine ausgezeichnete Gelegenheit“, öffentlich für die Anliegen der „Tibet-Bewegung“ zu werben. Insbesondere

Naumann-Stiftung, geleitet. Daraus ist unschwer abzuleiten, dass es sich hier um eine konzertierte Aktion der beiden wirtschaftlichen Großmächte USA und BRD handelt, die ihre Vormachtstellung im Welthandel durch das Wirtschaftswachstum der Volksrepublik China bedroht sehen. Da sich bei dem militärischen Potential Chinas eine Lösung nach jugoslawischem Vorbild verbietet, werden alle verfügbaren PR-Mittel zur Diskriminierung Chinas eingesetzt. Das reicht von verstärkten Protestaktionen tibetischer Exilgruppen über massive Behinderung des olympischen Fackellaufes bis zur Aufforderung an

Was hier von einem Journalisten geschildert wird, den man sicher nicht der Chinafreundlichkeit zeihen kann, deutet auf einen von langer Hand vorbereiteten Pogrom gegen Nicht-Tibeter.

brannt. Es war ein außergewöhnlicher Ausbruch von ethnischer Gewalt der übelsten Art zu beobachten, die selbst einige Tibeter überraschte, die das beobachteten. Sie waren selbst verblüfft über das Ausmaß dessen, was sie sahen. Und die Gewalt richtete sich nicht nur gegen das Eigentum. Natürlich flüchteten viele Han-Chinesen und Huis, sobald sie diesen Ausbruch bemerkten. Sie wurden aber, wenn sie erkannt wurden, mit Steinen beworfen.“ Miles berichtet weiter: „... In der Tat war das, was wir sahen, und ich sah es seit dem Anfangsstadium,

Hauptstraße von Lhasa in die engen Durchgänge des alten tibetischen Quartiers. Aber ich sah nicht, dass irgendwelche Ordnungskräfte in dieser frühen Phase versuchten, einzugreifen.“

Was hier von einem Journalisten geschildert wird, den man sicher nicht der Chinafreundlichkeit zeihen kann, deutet auf einen von langer Hand vorbereiteten Pogrom gegen Nicht-Tibeter. Die Wurzeln dazu sind bereits Ende der 1990er Jahre zu suchen. Der Ministerpräsident der Exilregierung erklärte damals, dass die in den vergangenen 50 Jahren eingewanderten Bewoh-

Da sich bei dem militärischen Potential Chinas eine Lösung nach jugoslawischem Vorbild verbietet, werden alle verfügbaren PR-Mittel zur Diskriminierung Chinas eingesetzt. Das reicht von verstärkten Protestaktionen tibetischer Exilgruppen über massive Behinderung des olympischen Fackellaufes ...

solte in den kommenden 15 Monaten Olympia zum Hauptangriffspunkt ihrer Aktivitäten gemacht werden. Die Kampagne wird von einer Zentrale in Washington, unter der Leitung von Paula Dobriansky, Undersecretary of State im US-Außenministerium und Special Coordinator für Tibet und von einer Vorfeldorganisation des deutschen Außenministeriums, der Friedrich-

die Sportler, ihren Protest während der Sportveranstaltungen zum Ausdruck zu bringen. Dass diese dabei, entsprechend der Satzung des IOC, disqualifiziert werden können, interessiert die Initiatoren dieser Kampagne überhaupt nicht. Die Tibeter selbst, für die dieser Aufwand angeblich getrieben wird, sind dabei nur die „nützlichen Idioten“.

• HELMUT ULRICH

Nach langem Sträuben musste das Präsidium der Deutschen Bahn AG – gezwungen von einem massiven öffentlichen Druck – der Ausstellung „Zug der Erinnerung“ auf ihrem Schienennetz zustimmen. Mit diesem Gedenkzug soll an die mehr als 10 000 über das Schienennetz der Deutschen Reichsbahn in die Todeslager der SS deportierten Kinder aus ganz Europa erinnert werden. Allerdings nicht kostenlos – die Bahn fordert dafür vom Veranstalter, dem „Verein Zug der Erinnerung“, die Summe von 100 000 Euro. Nachdem der Verkehrsausschuss des Bundestages der Bahn empfohlen hatte, diese Kosten durch eine Spende zu til-

Ein „obszönes“ Angebot

gen, hat der DB-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Werner Müller in einem Brief vom 1. 4. 2008 mitgeteilt, dass das Präsidium der DB diesen Betrag als Spende überweisen wird – aber nicht an den Veranstalter, der weiterhin für das Gedenken auf dem deutschen Schienennetz 100 000 Euro zahlen soll. So heißt es in dem Schreiben, „dass die Bahn angesichts ihres Werbeetats auch etwas Gutes für das internationale Renommee tun sollte“. Deswegen sei das „Präsidium zu dem Ergebnis gekommen, dass die DB AG statt dem

Verein ‚Zug der Erinnerung‘ einer national wie international renommierten gemeinnützigen jüdischen Einrichtung eine Spende von 100 000 Euro zukommen lassen sollte.“

Nach der am 2. April ausgesprochenen Sperrung der vorgesehenen Berliner Bahnhöfe für den „Zug der Erinnerung“ erhebt sich die Frage, ob mit dem Spendenangebot die größte Opfergruppe des Nazi-Terrors zur Zustimmung dieses Gedenk-Verbotese bewegt werden sollte. Der Vorsitzende einer jüdischen Gemeinde, die wegen der in Deutsch-

land erstarkenden Neonazi-Szene nicht genannt werden möchte, sagte, Müllers Hunderttausend-Euro-Angebot werde als „obszön“ empfunden. „Warum wird das Geld den Juden angeboten und nicht ebenso allen anderen Opfergruppen, allen, die im ‚Zug der Erinnerung‘ Erwähnung finden? Warum nicht den Sinti und Roma, warum nicht den Nachkommen der ‚Euthanasie‘-Morde? Es scheint sich um Schweigegeld zu handeln, weil man annimmt, ‚die Juden‘ würden die Gedenkverbote hinnehmen, wenn man sie nur ausreichend bezahlt. Hinter dem Zug vermutet man ‚die Juden‘! Das erinnert mich an antisemitische Fantasien.“

• H. ULRICH

Am 8. Februar 2005 starb im Alter von 100 Jahren Günter Reimann, das älteste Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Günter Reimann hatte nicht nur numerisch ein Jahrhundertleben gelebt.

Geboren als Hans Steinicke, Sohn eines jüdischen Kaufmanns, studierte er in Berlin Nationalökonomie. 1923 trat er dem KJVD, 1925 der KPD bei. Er war aktiv in der Kommunistischen Studentenfraktion (Kostufra) tätig, schrieb für die Wirtschaftsredaktion der „Roten Fahne“ als Vorgänger von Jürgen Kuczynski. Als freier Schriftsteller reiste Günter Reimann in die Sowjetunion. Er entfremdete sich der KPD und gehörte 1933 einer Widerstandsgruppe oppositioneller Sozialdemokraten und Kommunisten an. Aus dieser Zeit rührt seine Freundschaft mit Dietrich Wentz, einem – wie Günter Reimann schreibt – äußerst begabten Studenten, der führend in der Kostufra tätig war. Günter Reimann flüchtete 1933 über

Aufenthalt bestärkten ihn in seinem Antistalinismus.

Als Hitler an die Macht kam, beschlossen wir, dass Dietrich Wentz der organisatorische Leiter unserer Gruppe sein sollte. Ohne ihn wären wir bestimmt aufgeflogen. Die Risiken eines unkontrollierbaren Zwischenfalls, d. h. der Entdeckung unserer Tätigkeit durch die Gestapo, wurden von ihm täglich quantifiziert. Daraus berechnete er einen Index, der anzeigte, wann oder wie lange wir noch unterirdisch arbeiten konnten. Wir beschlossen, zwei Wochen vor dem von ihm berechneten „Toresschluss“ unsere Gruppe aufzulösen. Das wäre der Spätsommer 1933 gewesen. Als ich ihn zum letzten Mal traf, das war im Berliner Tiergarten am Tage vor meiner ›Abreise‹, sagte er mir: ›Du bist derjenige, von dem ich meine Lebensentscheidung abhängig mache. Ich kann nicht als ›Unpolitischer‹ in Deutschland bleiben. Andererseits werde ich im Ausland, als politischer Flücht-

Archivarin und Historikerin – stellte akribische Recherchen an. Als Ergebnis ergab sich für die uns interessierende Zeit ab 1933 lediglich die Mitteilung des Standesamtes Clausthal-Zellerfeld über den Termin der Eheschließung am 4. 2. 1939 und das Datum des Todes vom 28. 7. 1977 in Frankfurt am Main. Der Vorstand der Stiftung verständigte sich angesichts dieser unsicheren Quellenlage, die zumindest die Annahme Günter Reimanns, Dietrich Wentz sei von den Nazis ermordet worden, ausschloss und seinen Lebensweg ab 1933 völlig offen ließ, im Einvernehmen mit dem Stifter von der Benennung des Wissenschaftspreises mit diesem Namen Abstand zu nehmen.

Zur Buchmesse in Leipzig, im März 2008, präsentierte der Karl-Dietz-Verlag einen Band von Siegfried Grundmann: „Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo – Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel

Namen, sondern – was für die Gestapo wichtiger war – Kurzporträts, die für weitere Ermittlungen von hoher Bedeutung waren. Dabei scheute er sich nicht, üble antisemitische Klischees bei der Charakterisierung seiner früheren Freunde und Genossen zu verwenden.

In der Bewerbung um eine Assistentenstelle beim Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Marburg 1937 gab Wentz auf die Anfrage hinsichtlich der Zugehörigkeit zur KPD an: „Zur Antwort auf diese Frage bin ich vom Geheimen Staatspolizeiamt, Berlin, Prinz Albrechtstr. 8, Zimmer 322, als dem zuständigen Bearbeiter ausdrücklich ermächtigt zu erklären, dass diese Zugehörigkeit vonseiten der Geh. Staatspolizei als unbedenklich betrachtet werde, zumal ich seit 1931 durch nationalsozialistische Betätigung wieder wettgemacht habe.“ Der ordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre und Direktor des Staatswissenschaftlichen Seminars Dr. Laum

Eine Jahrhundertgeschichte

Wien, Paris und London in die USA, wurde dort bekannt als Autor mehrerer Bücher zur Weltfinanzwirtschaft. Die von ihm 1947 gegründete Agentur International Reports on Finance and Currencies leitete er bis 1983. Als international anerkannter Fachmann erarbeitete sich Günter Reimann mit seinen International Reports ein Vermögen. Er begriff sich, trotz seiner Trennung von KPD und Komintern, als kritischen, unorthodoxen Kommunisten. Nach den Umbrüchen 1989/90 suchte der in Angermünde im Brandenburgischen Geborene Kontakt zu linken Strukturen in Ostdeutschland. So entstand eine enge Beziehung zur 1991 gegründeten heutigen Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, deren Mitglied er wurde. Die Stiftung wandte sich diesem Jahrhundertzeugen intensiv zu. Mehrere Bücher entstanden aus dieser Zusammenarbeit und eine Vielzahl von Veranstaltungen öffnete vielen Mitgliedern und Sympathisanten neue Horizonte. In dieser Zeit entstand die Idee, an Günter Reimann die Bitte heranzutragen, einen Wissenschaftspreis zu stiften. Er stand dem aufgeschlossenen gegenüber. Sein Vorschlag war, diesen Preis nach seinem kommunistischen Jugendfreund Dietrich Wentz zu benennen.

In einem Interview-Buch befragten wir ihn nach Dietrich Wentz. Günter Reimann berichtete uns:

„Mein Freund Dietrich Wentz war außergewöhnlich klug und ein begabter Wissenschaftler. Als junger Student hatte er während des Kapp-Putsches die Parteaufgabe übernommen, Waffen für die Widerstandsbewegung zu besorgen. Nach der Niederlage musste er etwa drei Jahre ins Zuchthaus. Danach wurde er zur Erholung von einer schweren Krankheit in ein Heim der „Roten Hilfe“ am Schwarzen Meer in die Sowjetunion geschickt. Die Erfahrungen bei diesem

ling, völlig im Kampf um die nackte Existenz aufgehen und der Bewegung nichts nützen. Meine Alternative: Ich bleibe in Deutschland. Das kann ich nur tun, wenn ich offiziell Mitglied der NSDAP werde. Alte Freunde und Genossen müssen glauben, dass ich ein überzeugter Nazi geworden bin. Ich muss auch Freunden gegenüber so auftreten. Dann werde ich mit Hilfe meines Vaters (ein bekannter Rechtsanwalt, der als prominentes ehemaliges Mitglied der Deutschen Volkspartei mit seinen Freunden zu den Nazis übergetreten war) einen ‚Parteiposten‘ bekommen können, der es ermöglicht, die Entwicklung der NSDAP von innen zu beobachten. Im Laufe der Zeit und im Gefolge einer neuen Krise werde ich einen Kreis von Nazi-Dissidenten finden. Da der Zusammenbruch des Regimes unvermeidlich ist, werden wir dann wieder legal auftreten können. Wir werden Mittel und Wege finden, den Kontakt untereinander zu halten ...

Später traf ich in Paris eine mir aus Berlin bekannte Genossin. Sie fragte mich: ›Du kanntest doch Dietrich Wentz? Er ist Nazi geworden ... Merkwürdig an ihm ist, dass er, wenn er zufällig Bekannte aus der Bewegung trifft, von denen er weiß, dass sie illegal tätig sind, diese ignoriert. Er hat nie jemanden verraten.‹

Ich bestätigte ihr, dass dies merkwürdig sei. Weiter sagte ich ihr nichts. Das war das letzte Mal, dass ich etwas von Dietrich Wentz gehört habe. Ich vermute, dass er umgebracht worden ist.“

Der Vorstand unserer Stiftung war grundsätzlich für eine Benennung des Wissenschaftspreises nach Dietrich Wentz. Die damalige stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Frau Prof. Gerhild Schwendler – eine ausgewiesene

und Spione“. Der Verfasser dieser Zeilen war gebeten worden, in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Leipzig die Buchvorstellung zu moderieren. In Vorbereitung auf die Veranstaltung stieß er bei Grundmann auf den Namen Dietrich Wentz. Im Rückgriff auf die inzwischen über ein Dutzend Jahre zurückliegenden Recherchen wurde aus der Vermutung Realität:

Der von uns in Auge gefasste Namensgeber des Wissenschaftspreises der Stiftung war ein hocheffizienter Gestapo-Spitzel, der über Jahre hinweg besonders die Sicherheitsdienste der KPD für die Gestapo ausspionierte. Siegfried Grundmann dokumentiert das aus bislang unerschlossenen Quellen des Bundesarchivs. Er stellte dem Verfasser in diesen Tagen noch zusätzliches Quellenmaterial zur Verfügung und folgte daraus:

„1. Wentz hat sich freiwillig zur Zusammenarbeit mit der Gestapo entschieden und ihr als V-Mann Weiß gedient.

2. Die überlieferten Spitzelberichte zeigen, dass er (Wentz – d. Verf.) mit Eifer bei der Sache war und alle ihm bekannten Kostufra-Mitglieder angezeigt hat, darunter – Günter Reimann!!!

3. Seine Spitzeltätigkeit wurde nur darum beendet, weil er von kommunistischer Seite als Spitzel bezeichnet wurde und für die Gestapo darum auf die Liste ›unzuverlässige Vertrauensperson‹ gesetzt wurde...“

Wentz erschloss der Gestapo in umfangreichen Berichten sein Wissen über Interna der KPD. 1936 fertigte er ein Verzeichnis von Kommintern-Funktionären und Kommunisten an, die er während seiner Tätigkeit als Leiter der Kostufra kennen gelernt hatte. Wentz lieferte nicht nur

bat die Gestapo Berlin um die Bestätigung der politischen Unbedenklichkeit von Wentz: „Voraus den besten Dank für Ihre freundlichen Bemühungen. Heil Hitler!“

Die Gestapo bestätigte umgehend, dass „gegen die Einstellung des W. als Assistent in politischer Hinsicht keinerlei Bedenken“ bestehen.

Über die weitere politische Vita von Wentz sagen die bisher bekannten Quellen nichts aus.

Soviel scheint jedoch gesichert zu sein: Wentz konvertierte seit Anfang der dreißiger Jahre zum Nationalsozialismus, verheimlichte das vor seinen kommunistischen Mitstreitern und Freunden, diente sich ab 1933 als V-Mann Weiß freiwillig der Gestapo an und erkaufte sich durch seinen Verrat die Absolution von seinen kommunistischen „Jugendsünden“.

Die Tiefe des Falls von Wentz ist nur zu ermessen im Vergleich zu den zehntausenden Kommunisten, die dem Hitlerregime widerstanden, ja selbst zu denen, die unter der Folter nicht widerstanden. Es ist unserem Vereinsfreund Günter Reimann erspart geblieben, die Enttäuschung über den Verrat seines Jugendfreundes mit ins Grab zu nehmen.

Sind aus dieser Jahrhundertgeschichte „Lehren“ abzuleiten? Nein. Vielleicht aber begreifen wir diese Erfahrung als Mahnung, solche Schicksale und ihre Weiterungen offen anzunehmen und mit ihnen umzugehen. Der kommunistische Widerstand gebar Helden und Märtyrer. Er war jedoch auch der Kontrast zu Schwäche und Verrat.

• KLAUS KINNER

Wer prüfen will, ob und inwieweit ein Staat eine Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes ist, eine Volksherrschaft, in der der Souverän, das Volk tatsächlich etwas zu bestimmen hat, muss die Verfassung und die Umsetzung in die tägliche Politik prüfen. Am Beispiel: Wenn der seinerzeitige Verteidigungsminister Struck öffentlich zugibt, dass die große Mehrheit des Volkes den Bundeswehreinsetz am Hindukusch ablehnt, der zudem dem Grundgesetz widerspricht, kann von Demokratie keine Rede sein, und die zustimmenden Abgeordneten vertreten nicht das Volk. Handeln sie nach ihrem Gewissen? Dass es besser geht, ist geschichtlich bewiesen. In den ersten Apriltagen 1968, vor vierzig Jahren, entstanden Tatsachen im deutschen Verfassungsrecht, die aktuell und auch in Zukunft zu beachten sind. Am 6. April 1968 erhielten die Bürger der DDR die Möglichkeit, über die Verfassung der DDR in geheimer Abstimmung zu entscheiden. 94,49 Prozent aller Stimmberechtigten stimmten der Verfassung zu. In den Monaten davor hatten elf Millionen DDR-Bürger in 750 000 Veranstaltungen (meist in Gewerkschafts-Versammlungen) über den Entwurf des Textes gestritten. 12 454 Änderungsvorschläge waren eingegangen, 118 Änderungen an 55 Artikeln des Entwurfes wurden vorgenommen.

Am 8. April 1968 trat die sozialistische Verfassung der DDR in Kraft. Es ist lehrreich und aktuell zu prüfen, wie die DDR damals ihre Friedenspflicht, die Verwirklichung der Menschenrechte, die Stellung des Volkseigentums usw. definiert hat. Totalitarismusforscher lieben die Gleichsetzung von Drittem Reich und DDR. Wie wäre es, wenn sie die Verfassungsgeschichte der beiden deutschen Staaten zum Gegenstand ihrer Forschungen machen würden? Die sozialistische Verfassung der DDR von 1968 hatte 102 Artikel, die hier nicht alle referiert werden können. Sie verbürgte die Souveränität der DDR und die Unantastbarkeit ihrer Grenzen. Sie verpflichtete zu einer friedlichen Außenpolitik auf der Grundlage der Völkerrechtsnormen und der Nachkriegsrealitäten.

Angesichts der Aktualität vieler Verfassungsregelungen sollen hier zwei ausgewählt werden, um den Leser zu ermutigen die Verfassung von 1968 mit den heutigen Erfahrungen zu lesen:

Artikel 12

(1) Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandsockels, größere Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeeinrichtungen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.

Das Volkseigentum hatte sich bewährt. Die DDR-Wirtschaft hatte sich auf dieser Grundlage trotz ungünstigster Ausgangsbedingungen und negativer äußerer Einwirkungen erfolgreich entwickelt. Die DDR-Bürger waren dabei, eine ausbeutungsfreie Gesellschaft aufzubauen. Was konnte demokratischer sein?

Artikel 24

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation. Er hat das Recht auf

Am 8. April 1968 trat die sozialistische Verfassung der DDR in Kraft

Demokratischer Volksentscheid nach öffentlicher Diskussion

Verfassungsfragen sind Machtfragen

(Ferdinand Lassalle)

Lohn nach Qualität und Quantität der Arbeit. Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.

Dieser Artikel entspricht (wie andere) den Menschenrechtskonventionen, die auch die BRD ratifiziert hat. Als nach der „Wende“ die PDS in Sachsen einen solchen Artikel in die sächsische Verfassung einfügen wollte, behaupteten die Christ- und Sozialdemokraten, ein solcher Artikel sei nicht zu verwirklichen. Was aber dient dem Volk?

Seit 1990 gilt auch für die DDR-Bürger das Grundgesetz, das am 23. Mai 1949

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Seit 1990 ist dieses entscheidende Verfassungsversprechen unerfüllt.

Warum ist das so?

Wer hat Angst vor einer legitimierten Verfassung? Warum stellen Linke solche Fragen nicht? Mit Verweigerung einer neuen Verfassung begingen auch diejenigen Verrat am Grundgesetz, die es ständig im Munde führen, wenn sie politische

jemand der Volkskammersitzung vom 23. August 1990, in der der „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik per 3. Oktober beschlossen wurde? In den letzten Jahren erlebten aufmerksame Bürger einen nachdenkenswerten Widerspruch. Die deutschen Regierungen, die dem eigenen Volk, dem Souverän, eine gesamtdeutsche demokratische Verfassung verweigern, setzen Druck und Lügen ein, um eine EU-Verfassung durchzusetzen, die deutschen imperialistischen Gelüsten entspricht. Einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik (wie Berlin sie wünscht) heißt die Zauberformel, Einsatz der Bundeswehr weltweit heißt das Mit-

Am 6. April 1968 erhielten die Bürger der DDR die Möglichkeit, über die Verfassung der DDR in geheimer Abstimmung zu entscheiden. 94,49 Prozent aller Stimmberechtigten stimmten der Verfassung zu. In den Monaten davor hatten elf Millionen DDR-Bürger in 750 000 Veranstaltungen (meist in Gewerkschafts-Versammlungen) über den Entwurf des Textes gestritten. 12 454 Änderungsvorschläge waren eingegangen, 118 Änderungen an 55 Artikeln des Entwurfes wurden vorgenommen. Am 8. April 1968 trat die sozialistische Verfassung der DDR in Kraft.



angenommen worden war. Zu den gravierenden Mängeln gehört: Es war weder breit öffentlich erörtert worden, noch hat das Volk es je legitimiert. Die westlichen Besatzungsmächte oktroyierten das Grundgesetz und behielten sich gleichzeitig alle Fragen „Deutschland als Ganzes betreffend“ vor. Das blieb bis 1990 so.

Somit ergibt der Vergleich DDR-BRD für die Anfangsphase: Die BRD hatte ein Provisorium, die DDR eine Verfassung, die von 1949 bis 1968 für ganz Deutschland geschneidert war. Die von den Bürgern angenommene Verfassung, die die Unantastbarkeit der Souveränität der DDR festlegte, entstand 1968. Die politische Entwicklung 1989/90, von den Siegern jetzt „friedliche Revolution“ getauft, von den Verlierern als Konterrevolution empfunden, stellte auch das Verhalten der Politiker zu den Verfassungen beider deutscher Staaten auf den Prüfstand.

Für Politiker und Parlamentarier der DDR war die Preisgabe der Souveränität der DDR Hochverrat (genau so wie heute Angriffe auf die Souveränität der BRD). Für die bundesdeutschen Politiker war der Artikel 146 besonders bedeutsam. Der Text ist eindeutig:

Gegner diffamieren.

Zur Ehre des „Bürgerrechtlers“ Wolfgang Ullmann soll hier wenigstens daran erinnert werden, dass es 1990/91 Versuche gegeben hat, ein neue, moderne, gesamtdeutsche, den Frieden und die Umwelt schützende Verfassung vorzulegen und zu erörtern. Der Vergleich des Entwurfs von 1991, den ein Kuratorium erarbeitet hatte, mit dem Grundgesetz, ist ein lehrreiches Vergnügen. Die Ausgangsfrage „Warum brauchen wir eine Verfassungsdebatte?“, ist aktueller denn je. Genauso verantwortungslos wie mit der Verfassungsfrage ging die Kohl-Regierung mit der „endgültigen Regelung“ der internationalen Stellung Deutschlands um. Jahrzehntlang war verkündet worden, das würde im Friedensvertrag geschehen. Mit dem 2+4-Vertrag zauberte Kohl eine Instanz aus dem Hut, die am Völkerrecht vorbei die DDR liquidierte, um den Preis, dass viele schwierige Fragen ungelöst blieben (Entschädigung von Nazi-Opfern, Zwangsarbeitern usw.). Noch trauriger und noch lächerlicher waren die Tricks, mit denen die „Wiedervereinigung“ innenpolitisch „verrechtlicht“ wurde. Erinnert sich noch

tel. Nachdem die EU-Verfassung am Widerstand anderer Völker scheiterte, setzte die Merkel-Regierung im Dezember 2007 in Lissabon den „EU-Reformvertrag“ durch. Auf dem Umweg über europäische Institutionen sollen deutsche Parlamentarier genötigt werden, weltweiten Kriegseinsätzen zuzustimmen.

Der Friedensaktivist und Europaparlamentarier Tobias Pflüger urteilte: „Mit dem Reformvertrag wird ein militärisches Kerneuropa durch das Instrument der ‚ständigen strukturierten Zusammenarbeit‘ ermöglicht. Dieses schafft einen Primärrechtsrahmen für die verstärkte Entsendung mobiler Kampfgruppen.“ Die Aufgaben für Linke liegen auf der Hand. Am Nein zum EU-Vertrag ist festzuhalten und seine Umsetzung mit allen verfügbaren Kräften zu verhindern. In einer Diskussion um eine neue Verfassung muss der Wille des Souveräns zum Frieden und zur Abrüstung Staatsdoktrin werden. Wer das nicht will oder kann, sollte seinen Platz für denjenigen räumen, der die Interessen des Volkes durchzusetzen bereit ist.

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN

„Moderne Menschen“

Ein Arnold-Schönberg-Abend in der Oper Leipzig

Mama, was sind das, moderne Menschen?“ fragt am Ende der Oper „Von heute auf morgen“ (1928/29) das Kind eines streitenden Ehepaars. Das lässt Arnold Schönberg in seinem Einakter nach einem Text seiner sich hinter dem Pseudonym Max Blonda verbergenden Frau Gertrud als Frage offen. Nachdem sich ein Paar gehörig gestritten hat, findet es im Dialog mit der Freundin der Frau und deren Freund wieder zueinander. Auf Dauer? Es sind so einsame Menschen wie jene in den 20 Jahre vorher geschaffenen Einaktern „Erwartung“ und „Die glückliche Hand“ (1910/13).

Von **WERNER WOLF**

Das Monodram „Erwartung“ (1909) nach einem Text von Marie Pappenheim zeigt die Tragödie einer Frau, die ihren Geliebten erwartet und ihn nach irrem Suchen tot auffindet. Im Mittelpunkt der „Glücklichen Hand“ nach einem Text des Komponisten steht ein vereinsamter Mann, der trotz Warnungen vergeblich versucht, sein Glück mit einer Frau zu finden. Wenn man die Texte liest, könnten sie – abgesehen von der expressionistischen Diktion der beiden frühen Werke – heute geschrieben sein. Vor allem aber die mit seismographischem Gespür geschaffene Musik zwingt zu unmittelbarer Anteilnahme. Die Geschehnisse in „Erwartung“ und „Die glückliche Hand“ lassen verstehen, wie sie Schönberg zur Aufgabe tonaler Beziehung drängten. Diese für die Akteure zum Bersten gespannten Vor-

gänge ließen keine traditionellen harmonischen Lösungen, auch keinen resignierenden Moll-Schluss mehr zu. Das musikalische Geschehen kann zu diesen Vorgängen nur ins Leere laufen.

Anders sieht das in der Oper „Von heute auf morgen“ aus, die der Komponist als heiter bis lustig, manchmal sogar komisch bezeichnete. Die Zwölftontechnik birgt aber kompositorische Strenge in sich, die eine federleichte Wiedergabe verlangt.

Dem trauten der Regisseur des Stückes, Immo Karaman, und sein Bühnenbildner Kaspar Zwimpfer nicht recht. Damit es heiter, lustig, ja komisch werden soll, lassen beide die Wohnungsausstattung des streitenden Ehepaars einschließlich Kühlschranks, Waschmaschine und Badewanne wiederholt auf zwei Laufschienen vorüber fahren und letztlich zu einem Gerümpelberg auftrümen. Nicht wenige Theaterbesucher freuen sich vor allem darüber. Weil Wortverständlichkeit unbedingt notwendig, aber nicht leicht ist, wird der gesamte Text eingelebnet, Auge und Ohr und dazu noch Verstand sind gleichzeitig gefordert. Hendrikje Wangemann als Frau, Wolfgang Newerla als Mann, im letzten Abschnitt dazu noch Susanna Andersson als Freundin und Timothy Fallon als deren Partner sind mit großem Einsatz und Können bemüht, das szenisch-musikalische Geschehen lebendig zu gestalten.

Schon hier entsteht eine Diskrepanz zwischen Regie und Musik. Dem für „Die glückliche Hand“ verpflichteten, in Venezuela aufgewachsenen Carlos Wagner fehlt jedes Gespür für die Vorgänge und die Musik. Der Mann schwebt im Raumfahreranzug auf einen Fußballplatz herab.

Statt des mühevollen Schmiedens eines Diadems, mit dem die begehrte Frau samt Galan verschwindet, tummeln sich sechs Fußballer (Mitglieder der Uni-Kampfsportgruppe) in sachsen-grünweißer Kleidung lässig herum. Offensichtlich wollte der Regisseur in diesem bedrohlich ersten Stück den Zuschauern Spaß bereiten. Doch das gerät zur Farce. Da hat es Matteo de Monti als ernsthaft agierender und eindringlich singender Mann schwer. Diese Farce verdrängt aber die großartige Deborah Polaski als Frau in „Erwartung“. Erst an einem Tisch sitzend, dann stehend, erfüllt sie Wort und Musik mit bezwingender, tief bewegender Ausdruckskraft. Hier vertraut die Regisseurin der Musik und deren Interpretin. Allerdings versetzt Sandra Leupold die Sängerin im Gegensatz zur farbenreichen Musik, die wie jene zur „Glücklichen Hand“ eine differenzierte Ausleuchtung düsterer szenischer Vorgänge verlangt, in einen weiß getünchten, grell ausgeleuchteten Raum.

Stets auf der Höhe der Aufgaben stehen das Gewandhausorchester und der Dirigent Axel Kober. Vor allem in „Die glückliche Hand“ und „Erwartung“ erschließt Kober mit den beweglich reagierenden Musikern das feingliedrige, farbenreiche und auch in zarten Abschnitten ausdrucksdichte Geschehen eindringlich und nachhaltig. Da wird kaum spürbar, welche enormen Anforderungen die Musik Schönbergs an die Interpreten stellt. In „Von heute auf morgen“ dürfte das durchaus feinsinnige Musizieren in den folgenden Aufführungen noch an Leichtigkeit gewinnen. Schade, dass die Szene nicht das hohe Niveau der musikalischen Gestaltung erreicht.

Konzertrückblick kurz

Den Höhepunkt in der ersten Aprilhälfte erlebten die Gewandhausabonnenten mit Bedrich Smetanas sechsteiligem Zyklus „Mein Vaterland“ und dem tschechischen Dirigenten Jiri Behlohlavek. Da erhob sich ein Volk, dem die staatliche Eigenständigkeit zu jener Zeit noch verweigert wurde, in seiner einzigartigen Musik zur Nation. Seine ereignisreiche Geschichte und seine Zukunft wird mit hymnischen, lyrischen, tänzerischen und phantastischen Klängen besungen. Der als ständiger Gast geschätzte und beliebte Jiri Behlohlavek ließ mit dem Gewandhausorchester den Reichtum an Melodien, Rhythmen, Farben und Stimmungen zum bewegenden Klangereignis werden. Lebhafter Beifall im ausverkauften Haus.

Das bombastisch gespielte Finale der zweiten Sinfonie von Jean Sibelius forderte ebenfalls viel Beifall heraus. Der finnische Gastdirigent Osmo Vänskä setzte vor allem auf scharfe Kontraste. Schon vorher im Orgelkonzert des isländischen Komponisten Jón Leifs steigerte er zu schneidenden Blechbläserklängen und herben Streichertönen, so dass der Gewandhausorganist Michael Schönheit buchstäblich alle Register seines Instruments ziehen musste. Beim Streicherorchesterwerk „Leuchtturm“ des Esten Erkki-Sven Tüür deutete sich Vänskäs Tendenz schon an.

Auch der ungarische Dirigent Domonkos Héja neigte in der Interpretation der zweiten Sinfonie von Alexander Zemlinsky zu forciertem Musizieren. Beim eingangs gespielten zweiten Klavierkonzert von Johannes Brahms bestimmte der überlegen und klanglich reich nuanciert musizierende Gerhard Oppitz das Geschehen.

• W. W.

„Streichelzoo“

Das bürgerliche Feuilleton hat einen neuen Stern entdeckt: Clemens Meyer, geboren 1977 in Halle (Saale), aufgewachsen im Leipziger Osten, Absolvent des hiesigen Literaturinstitutes. Sein Debütroman „Als wir träumten“ ist in der Leipziger Neuen Szene und im Berliner Maxim-Gorki-Theater in einer Bearbeitung von Armin Petras und Carmen Wolftram zu erleben.

Die Uraufführung in Leipzig wurde zwar heftig bejubelt, aber hinterlässt einen Nachgeschmack. Dramaturgin Birgit Rasch versteigt sich im Programmheft zu einem Vergleich zwischen Clemens Meyer und Schillers „Don Carlos“ und Goethes „Werther“. Realsatire pur. Meyers Text und die Bühnenfassung behaupten und stiften eine verlorene Generation, die sich nur mit Autodiebstählen und Schlägereien befasst. Der Wessi-Blätterwald rauscht, ach, diese niedlichen, schmuddeligen Ossi-Kinder. Wie im Streichelzoo.

Alle geboren Mitte, Ende der Siebziger trinken Apfelkorn aus Tassen, plündern eine Brauerei und philosophieren über ihr schlimmes Leben in der DDR. Da

wird eine Zivilverteidigungsübung karikiert, die Verbrechen der Contras in Nicaragua verharmlost und natürlich – ganz Konsens derer, die Meyer mit Preisen überschütteten – die Schuld bei DDR-Lehrern und Ex-NVA-Offizieren abgeladen.

Garniert werden diese Ausfälle mit Knast-Anekdoten und historischem Unfug dergestalt, dass behauptet wird, es wären bei den 1989er Montagsdemonstrationen Panzer in Leipzigs City eingesetzt worden. Natürlich dürfen prügelnden Volkspolizisten nicht fehlen. Herrn Meyer ist mal ein Besuch bei einer heutigen Anti-Nazi-Demo zu empfehlen, dann kann er sehen, wie rechtsstaatlich dort vorgegangen wird. Regisseur Armin Petras, Intendant des Maxim-Gorki-Theaters, zeigt ein Kammerstück der Unlust.

Dani und seine Freunde saufen und prügeln sich durch die Szenerie. Als besonderen Einfall lässt er den Tausch der Geschlechter abfeiern. Die Jungen werden von Schauspielerinnen dargestellt. Die Oma von Berndt Stübner. Anja Schneider als Dani zeigt schlüssige Raubeinigkeit, bleibt aber ansonsten unter ihren Möglichkeiten. Das Ensemble wirkt aufgeregt und kämpft mit massiven Textschwierigkeiten. • D. M.



Die neuen Zeiten machen Dani (Anja Schneider) zu schaffen.

Foto: Arnold/Schauspiel Leipzig

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Ich weiß nicht, wie Sie mit dem Überangebot an Fernsehfilmen und Kinofilmen, und was es noch so alles gibt, umgehen. Am besten, man plant doch hin und wieder und wird ausnahmsweise mal nicht enttäuscht, wie letztthin beim Mittwochsfilm in der ARD und beim Freitagsfilm bei arte. „Guter Junge“ von Autor Karl-Heinz Käfer und Regisseur Torsten C. Fischer widmete sich einem heiklen Thema, das mit dem Stichwort „pädophil“ nur sehr verkürzt umschrieben ist.

Den Dreharbeiten gingen intensive Gespräche mit Psychologen und Fachärzten voraus. Man merkt das, zumal auch – wider dem Schlagzeilen-Klischee – hier kein älterer Mann sondern ein pubertierender Jugendlicher und dessen Familie mit empfindener Gefühlswelt und gehäuerter Neigung überfordert sind. Klaus J. Behrendt als Vater sowie Sebastian Urzendowsky als sein „schwieriger“ Sohn verleihen durch sensibles Spiel dem widersprüchlichen, auch tragischen Geschehen eine hohe Glaubwürdigkeit, die sich nicht in „Kastrieren“ und „Wegsperrn“ verirrt. Selbst wenn am Ende doch das Gefängnis für den jungen Mann nicht ausbleibt, plädierte dieser eindringliche,

aber dabei nie sentimentale Film für Behutsamkeit und Nachdenken. Das ist bei diesem Thema wahrlich nicht ganz einfach.

Wie widersprüchlich auch die „normale Liebe“ ist, beschreibt der Fernsehfilm „Monogamie für Anfänger“, den arte zwei Tage später ausstrahlte.

Heiraten ist komplizierter als gedacht, selbst wenn man sich wirklich toll liebt und auch sonst alles andere als oberflächlich und ausgeflippt ist.

Trotz Kirchgang und Treueschwur des jungen Paares passiert so manches, was sich Frau und Mann nicht träumen ließe. Spielfilmdebütant Marc Malze fabrizierte daraus eine vergnügliche, hintersinnige Männer- und Frauenbesichtigung, die keinen verletzt oder gar zum Sieger verklärt. Gewonnen haben auf jeden Fall die Schauspieler Martin Glade und Heike Warmuth, die man sehr gern bei ihren so gar nicht prüden Irrungen und Gedankenspielen beobachtet.

Da der arte-Erstaussstrahlung bald eine Wiederholung folgt, empfehle ich auch den reiferen Jahrgängen, sich dieses Plädoyer für „Monogamie“ schon mal vorzumerken.

Gefühle

VON
Michael Zock

Fritz Lamm (30. Juni 1911 - 15. März 1977) war ein linkssozialistischer Streiter, der eine Position zwischen dem doktrinär-kommunistischen und dem evolutionär-reformistischen Flügel in der Arbeiterbewegung einnahm. Er war unangepasst, stellte herrschende Meinungen in Frage, vertrat Minderheitenpositionen. Lapidar sagte er von sich: „Es ist mir nie gelungen, Mehrheit zu werden.“

Lamm war kein Spitzenfunktionär, kein Würdenträger, sondern ein Sozialist, der die politische Kleinarbeit nicht scheute, und dennoch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im restaurativen Klima der frühen Bundesrepublik einen wichtigen Platz einnahm. Der weithin bekannte Marburger marxistische Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth bezeichnete ihn als „ein Stück unserer Geschichte“, als einen „der besten und tapfersten Funktionäre, die wir in der Arbeiterbewegung Westdeutschlands seit 1945 haben“. Es habe nur wenige seiner Generation gegeben, „die sich mit gleicher Selbstaufopferung, ohne jeden Willen zu öffentlicher Geltung oder Karriere und unkorruptierbar mit aller Kraft für die Wiederherstellung von Klassenbewusstsein und für den Sozialismus eingesetzt haben“. Es ist das Verdienst von Michael Benz, mit einer Dissertation eine in sich geschlossene politische Biografie Fritz Lamms verfasst zu haben.

Lamms Agieren in der Stettiner deutsch-jüdischen Jugendbewegung sowie in der dortigen sozialistischen Jugend- und Arbeiterbewegung (SAJ) brachte ihn in Konflikt mit der SPD, der er im Frühjahr 1930 beigetreten war. „Radikalisierung der Jugend anhand der Schriften von Marx und Engels“, lautete die offizielle Begründung für das gegen ihn eingeleitete Parteiausschlussverfahren. Im August 1931 erfolgte wegen „parteischädigendem Verhalten“ sein Ausschluss aus SPD und SAJ. Dem danach folgenden Eintritt

Fritz Lamm – ein Mann, der der SPD missfiel

„Es ist mir nie gelungen, Mehrheit zu werden“

Lamms in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) – sie war der Versuch, linke Kräfte zusammenzuführen, die sich im Widerspruch sowohl zur SPD als auch zur KPD befanden – widmet der Autor die angemessene Aufmerksamkeit. Beachtung finden die Gründungsgeschichte und die Programmatik der SAP, die eine Splitterpartei blieb, obgleich sie über mehr Mitglieder als andere Gruppierungen zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Partei verfügte.

Bereits am 3. Mai 1933 wurde Lamm verhaftet und in dem gegen ihn vor dem Reichsgericht in Leipzig 1933/34 geführten Prozess zu 2 1/2 Jahren Haft verurteilt. Die sich anschließenden Jahre im politischen Exil betrogen ein Fünftel seines Lebens.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Herbst 1948 tritt Fritz Lamm wieder der SPD bei und wird insbesondere in der Stuttgarter Sozialdemokratie und ebenso in der dortigen Gewerkschaftsbewegung wirksam, aber auch später als Förderer und Mentor der sozialistischen Studentenbewegung (SDS) und der „Neuen Linken“. Sein Wirken in Gewerkschaften, Vereinen und Kulturorganisationen, aber ebenso seine publizistischen Interventionen, insbesondere seine „Thomas-Münzer-Briefe“ und seine Herausgabe und Betreuung der Monatszeitschrift „Funken“ als „Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik“, sind wesentliche Bestandteile seiner Biografie. Seine marxistische Kritik an

der Geschichte und der aktuellen Politik seiner Partei war eine Marx-Interpretation, die zunehmend der SPD-Führung missfiel, weshalb er argwöhnisch observiert wurde. Ebenso erregten Lamms enge Verbindung zum SDS und seine Mitgliedschaft im „Sozialistischen Bund“ Argwohn. Im Dezember 1962 reagierte der Landesvorstand der baden-württembergischen SPD mit der „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Angelegenheit des Genossen Lamm“. Im Mai 1963 erfolgte sein erneuter Ausschluss aus der SPD. Nie wieder trat er später in eine Partei ein.

Für Lamm, ein Mann von hoher Bildung und stets auf der Seite der Schwachen und Benachteiligten stehend, waren Linke vor allem diejenigen, die in der modernen Industriegesellschaft „unverminderte Klassengegensätze“ erkennen, welche „die internationale Klassenpolitik der nationalen Volkspolitik“ vorziehen, die „gegen den kriegsfördernden platten Antikommunismus“ auftreten und für ihre Ziele breite Arbeitnehmerschichten mobilisieren wollen.

Fritz Lamm, der den luxemburgisch-antialtinistischen Traditionsstrang in der Arbeiterbewegung verkörperte, war die DDR fremd, ihr politisches System nicht mit seinen politischen Auffassungen vereinbar. Das veranlasste zum Beispiel die KPD in Stuttgart, gegen seine Teilnahme an einer Tagung des Kulturbundes in Berlin im November 1949 zu intervenieren. Lamms Andenken zu wahren, dienen wiederholt Gedächtnisveranstaltungen,



so anlässlich seines 90. Geburtstages im Juni 2001 in Stuttgart, auf der eine Debatte über Möglichkeiten linker Politik stattfand. In ihr wurde daran erinnert, dass Fritz Lamm auf dem Gewerkschaftstag 1968 mit einem Initiativantrag die so genannte Rote Broschüre der IG Druck und Papier, ein heftig umstrittenes Grundsatzwerk zur Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften, auf den Weg gebracht hatte.

Die vertiefende Forschung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist mit der von Michael Benz verfassten politischen Biografie zu Fritz Lamm um einen wertvollen Beitrag reicher. In Lamms politischer Lebensgeschichte widerspiegelt sich die Geschichte des Linkssozialismus in Deutschland.

• KURT SCHNEIDER

Michael Benz: *Der unbeugsame Streiter Fritz Lamm. Jude-Linkssozialist-Emigrant 1911-1977. Eine politische Biografie.* Klartext Verlag, Essen 2007. 552 Seiten, 29,90 Euro.

Für den kritischen Blick

Täglich überschüttet uns das Fernsehen, der Rundfunk und die Presse mit neuen Informationen. Nicht wenige davon sind schon am darauffolgenden Tag wieder aus den Medien verschwunden, während andere durch neue Nachrichten überdeckt werden. Die Fülle der täglich, ja stündlich uns überlieferten Nachrichten vermittelt für viele ihrer Kommentatoren den Schein, dass sie gut informiert seien. Doch sind sie das tatsächlich? Hilft die Fülle der Informationen ihnen wirklich, die Vorgänge auf der Welt zu durchschauen?

Der Journalist Gerhard Wisniewski ist da – und das zu recht – anderer Meinung. Er hat sich von Oktober 2006 bis zum September 2007 Monat für Monat vorgenommen und spektakuläre Nachrichten hinterfragt, was in ihrem Zusammenhang „nicht in der Zeitung stand“. Und da kommt nicht wenig zusammen, was andererseits auch so manches durch die Medien verbreitet

und behauptet wird, was so nicht gesagt oder geschrieben wurde. Stichworte: Tod des einstigen KGB-Agenten Litwienko; Klimakatastrophe und Vogelgrippe; das Grußwort Christian Klars an die Rosa-Luxemburg-Konferenz; G8-Gipfel in Heiligendamm.

Wie gesagt, das sind nur einige der medialen Vorgänge, die der Autor beleuchtet und dabei zugleich deutlich macht, wie in den Medien die Manipulationstechniken funktionieren. Ein empfehlenswertes Büchlein, hilfreich für einen kritischen Blick bei der morgendlichen Zeitungslektüre oder bei der abendlichen Betrachtung der Fernsehnachrichten.

• -mund

Gerhard Wisniewski: *2007 Der kritische Jahresrückblick – verheimlicht, vertuscht, vergessen. Was 2007 nicht in der Zeitung stand.* Knauer Taschenbuch Verlag, München 2008. 319 S., 6 Euro.

Der eine (vielzitierte) Satz ...

Wenn gesagt wird, die DDR war ein Unrechtsstaat. werde ich immer darauf entgegennen: Die DDR war ein Staat, in dem auch Unrecht geschah.“

Diesen Satz schrieb ein Mann, sicher sehr überlegt, in seine Lebenserinnerungen und bekommt dafür ein vielfaches Echo zurück. Leserbriefe und spontane Äußerungen, auch Häme. Mit all dem konnte und durfte wohl Herbert Köfer zeitweilig umgegangen sein. Dabei seit 1951 bis heute oft



nen gelebt, auch DDR-Leben, heraus. Als Kabarettist, das war er auch, setzt er viele Lesepunkte politisch, das tut diesem Buch gut und so entstand offenbar der vielzitierte Satz ...

• M. Z.

Herbert Köfer: *Nie war es so verückt wie heute.* Das Neue Berlin, 2008. 189 S., 19,90 Euro.

Geschmacksache

Zugegeben, ein paar neckische Fotos sind da schon drin, in diesem FKK-Buch, dessen Erscheinen schon geraume Zeit durch die Medien schwabbert. Beispielsweise das „Gruppenbild in der Arbeitspause“, diese vier Hühner aufgereichte nackte Männerriege hat schon was (ist es auch von einem Laien aufgenommen?) Aber sonst? Wenn es stimmt (und warum sollte es nicht), wie im Bilderbuch „FKK in der DDR“ geschrieben wird, dass 80 Prozent aller DDR-Familien FKK-Erfahrung hatten, dann gibt es entsprechend viele frischfröhliche Freizeiterinnerungen – für den Hausgebrauch. Genügt das nicht? Wozu das Buch? Aus Protest, weil uns ein paar Wessis Prüderie verordneten? Oder weil es heute sowieso keine Privatsphäre mehr gibt? Bilder von der textilfreien Mama im Strandkorb oder der Freundin in der Düne in krampfhafter Modelpose (das ist überhaupt das Problem der Fotos) – mindestens ab der zwanzigsten Seite wird's langweilig, da rettet auch das bisschen Literatur dazwischen nix. Doch wer Freude daran hat, bitteschön. Wenig originell auch einige der Bildtexte, die nachträglich mit politischen Anspielungen manchem Schnappschuss aufwerten sollen.

• WART

FKK in der DDR. Sommer. Sonne. Nackedeis. Zusammengestellt von Thomas Kupfermann. Eulenspiegel Verlag 2008. 159 S., 14,90 Euro

KALENDERBLATT

Wilhelm Külz

Vor 60 Jahren verstorben

Wilhelm Külz, 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) von 1945 bis 1948, wurde am 18. Februar 1875 als Sohn eines Pfarrers in Borna bei Leipzig geboren. Er studierte in Leipzig Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte 1901 an der Universität Tübingen. In den Jahren danach war er Oberbürgermeister und Landtagspräsident in Bückeburg, Oberbürgermeister von Zittau, Mitglied des Reichstags (1920-1932), Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Deutschen Demokratischen Partei und Reichsminister des Innern (1926-1927). Als liberaler Demokrat vertrat er die Interessen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und der Mittelschichten. Am 9. Februar 1931 zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt, wurde er am 14. März 1933 wegen Verweigerung der Nazi-Flaggenhissung auf dem Dresdner Rathaus vom Reichskommissar für Sachsen „beurlaubt“ und später kurzzeitig in „Schutzhaft“ genommen.

Mit der Zustimmung seiner Partei zum faschistischen Ermächtigungsgesetz kapituliert das Bürgertum vor dem Faschismus. Am 28. Juni 1933 löste sich die Staatspartei selbst auf. Külz erlebt den Bankrott seiner Demokratieauffassung. Er erliegt in verschiedenen Fragen zeitweise der faschistischen Demagogie, beeinflusst durch Friedrich Naumanns Auffassung vom „sozialen“ Nationalismus. Mit Kriegsbeginn erkennt er, dass die „nationale“ Politik des NS-Regimes in die nationale Katastrophe führt. Dem Versuch bestimmter Kreise des Monopolkapitals, durch eine Verschwörung gegen Hitler ihre Machtposition zu retten, steht er ablehnend gegenüber. Mit dem militärischen Sieg über das faschistische Deutschland war für ihn die Herrschaft „einer Horde von bestialischen Schwerverbrechern“ vorbei.

Am 16. Juni 1945 gehört Külz zum Gründerkreis der Deutschen Demokratischen Partei. Ihr folgen weitere Parteigründungen liberalen Charakters, die am 5. Juli 1945 zur Gründung der LDPD führen, deren Programmatik die Handschrift von Külz trägt und deren stellv. Vorsitzender er wird. Am 29. November 1945 tritt Külz an die Spitze der Partei. Als es 1947 in Rothenburg/o.T. zur Gründung der kurzzeitigen Demokratischen Partei Deutschlands für alle Besatzungszonen kommt, übernimmt er zusammen mit Theodor Heuß den Vorsitz. Külz wird stellv. Vorsitzender des geschaffenen Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses und stellv. Präsident des Deutschen Volksrats. Am 10. April 1948 erliegt Wilhelm Külz einem Herzschlag. • **KURT SCHNEIDER**

Am 29. April 2008 wäre die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) 60 Jahre alt geworden. Sie war aber nur 42 Jahre und vier Monate alt, als sie von der politischen Landkarte der DDR gestrichen und in die Arme der CDU getrieben wurde. Auf einer Beratung im Haus des Parteivorstandes der DBD in Berlin erklärte am 3. September 1990 der damalige amtierende Vorsitzende Ulrich Junghanns, dass „seit Sonnabend, dem 1. September 1990, die DBD eine Partei ist, die sich mit der CDU vereint hat, also nicht mehr existiert“. Der Fusionsbeschluss war vom Parteivorstand und nicht von einem Parteitag gefasst worden.

Am 15. September 1990 fand eine inszenierte „Delegiertenkonferenz“ statt, deren Teilnehmer aber nicht von der Basis gewählt, sondern vom Präsidium des Parteivorstandes bestimmt worden waren. Die nur knapp 90 Teilnehmer beschlossener Mehrheitlichkeit, dass „die DBD ... den Zusammenschluss mit der CDU ... vollendet“ hat und die CDU in die Gesamtrechtsnachfolge der DBD eingetreten ist. Ein historisches Kapitel deutscher Bauerngeschichte war zu Ende. 125000 Mitglieder hatten ihre politische Heimat verloren. Lediglich etwa 5000 von ihnen gingen in die CDU, von denen die Masse längst wieder ausgetreten ist. Nur Junghanns sonnt sich als CDU-Landesvorsitzender und Wirtschaftsminister in Brandenburg in den Folgen seines Verrats.

Als am 29. April 1948 in Schwerin 126 Bauern und Berufsfunktionäre aus 17 Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns im Beisein von Bauern aus Brandenburg und Sachsen die DBD gründeten, begannen sie ein Werk, das bis dahin einmalig in der deutschen Geschichte war. Die Gründung der DBD war notwendig geworden, weil die werktätigen Bauern der sowjetischen Besatzungszone durch ihr Mitwirken bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform mehr politische Mitverantwortung bei

Vor 60 Jahren wurde die DBD gegründet

Ein Schritt vom Ich zum Wir



Gründungskonferenz der DBD am 16./17. 7. 1948

der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens insgesamt forderten. Wenn auch die Arbeiterklasse die anerkannte führende Kraft war, so erforderte doch die Wahrnehmung der spezifischen Interessen der werktätigen Bauern eine eigene politische Partei. In Übereinstimmung mit der SMAD und der persönlichen Zustimmung von Stalin beschloss der Parteivorstand der SED Anfang 1948 auf Vorschlag von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, der Gründung der DBD keine Steine in den Weg zu legen. Dem Vorschlag von Pieck – wenn auch schweren Herzens – folgend, stellte sich der bekannte Antifaschist, langjährige Landtagsabgeordnete der KPD, KZ-Häftling und Hauptorganisator der Durchführung der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, Ernst Goldenbaum, zur Wahl als Vorsitzender, der er dann bis 1982 blieb. Als Hauptziele der Arbeit, die im ersten Programm und allen folgenden festgeschrieben wurden, bestimmten die Gründer drei Grundsätze: Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ständig zu festigen, die Freundschaft zur Sowjetunion

zur Herzenssache des ganzen Volkes zu machen sowie stets für den Frieden, den gesellschaftlichen Fortschritt, für die ständige Höherentwicklung der Landwirtschaft zu wirken. Das waren und blieben Maximen der Arbeit der DBD bis zu ihrem Ende. Dank dieser Grundsätze erwarb sie sich auch international hohes Ansehen.

Die DBD hatte großen Anteil bei der Festigung der demokratischen Bodenreform, bei der Gründung und Stärkung der DDR, der Sicherung des Friedens und bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Diejenigen, die bei den LPG-Gründungen 1952 bis 1960 unmittelbar dabei waren, überfällt ein müdes Lächeln, wenn heute Leute, wie Arnulf Baring und Konsorten oder Wendehälsa von „Zwangskollektivierung“ faseln. Mit dem Schritt vom Ich zum Wir hielt verstärkte Wissenschaft, Bildung, Technik und Kultur ihren Einzug in die Dörfer. Die Arbeit der Bauerninnen und Bauern wurde erheblich leichter. Ihnen verblieb mehr Zeit für Bildung und Kultur, ja sie konnten auch in Urlaub fahren. Es ist eine unum-

stößliche Tatsache, dass seit jener Zeit nahezu alle bäuerlichen Mitglieder der DBD eine fachliche Qualifikation erwarben. Konsumverkaufsstellen, Fleischer, Bäcker, Kindergärten, Kinosäle, Gastwirtschaften, Friseur, Ärzte und Gemeindefreischwestern, die man allesamt heute auf dem Lande mit der Lupe suchen muss, gehörten in der DDR wie die Kirche zum Dorf. Heute liegen Tausende Hektar fruchtbares Ackerland brach. Kein Liter Milch mehr als vorgegeben darf produziert werden, obwohl Millionen Menschen in der Welt Hunger leiden oder an Unterernährung sterben. Mit Fug und Recht kann man sagen, dass die DBD in den über 42 Jahren ihres Bestehens eine große und erfolgreiche Arbeit dazu geleistet hat, dass die DDR als Industriestaat zugleich über eine hochentwickelte Landwirtschaft verfügte, die ihre Bevölkerung mit Nahrungsgütern aus eigener Produktion völlig selbst versorgte und erhebliche Mengen Lebensmittel exportierte. Ob die Westberliner wohl noch wissen, dass fast alles, was sie an Brot, Fleisch, Wurst, Molkereiprodukten und Kartoffeln verzehrten, in der DDR produziert worden war? Ohne jeglichen Zweifel kann man sagen, dass die DBD bis zu ihrer Okkupation durch die CDU Erfolge errungen hat, von denen heutige Bauern nur träumen können. War alles umsonst?

Gemach, gemach, noch sind nicht alle Messen gelesen. Alles fließt, alles bewegt und entwickelt sich, Altes stirbt ab, Neues wird geboren – haben schon die Natur und die großen Philosophen als Gesetzmäßigkeit nachgewiesen. Deshalb ist auf dem Holzweg, der glaubt, der Kapitalismus werde bis zum Sankt Nimmerleinstag existieren. Wir haben zwar eine Schlacht verloren, aber nachfolgende Generationen werden von vorn beginnen.

• **ERNST-OTTO CHRISTALLE**

Unser Autor war Leiter des Büros des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD

Verschiedentlich ist in der Literatur von „wildem“ KZ die Rede. Doch diese Vorläufer der großen Vernichtungslager wurden durchaus nicht von SA-Sturmabteilungen „wild“ geschaffen, sondern waren durch staatliche Stellen geplant und angewiesen. Betrieben wurden sie durch Wachmannschaften der SA und SS.

Auch war der Begriff KZ durchaus schon gängig, wenn auch einige unter dem Namen „Arbeitslager“ oder „Schutzhaftlager“ firmierten. Allgemein gängig war auch der Begriff „Schutzhäftling“, der aus der Juristensprache stammte und diesen regelrecht auf den Kopf stellte, denn er wurde bislang dafür gebraucht, dass eine Person zu ihrem eigenen Schutz in Polizeigewahrsam genommen wurde. Das traf 1933 wahrlich nicht zu.

Es ist schwierig, die Zahl solcher KZ in Sachsen anzugeben, denn was Autoren dazu zählen, geht weit auseinander. So weisen die

Die frühen KZ in Sachsen

einen darauf hin, dass man zwischen den Folterstätten in den SA-Sturmlokalen, der „Schutzhaft“ in Polizei- und Justizgefängnissen und schließlich den eigentlichen frühen KZ unterscheiden muss. Andere Historiker zählen zumindest die Gefängnisabteilungen hinzu. Das ist gerade für Leipzig und Dresden von Bedeutung, denn hier gab es die üblichen frühen KZ nicht. In Leipzig gab es z.B. vom 10. März bis Ende April 1933 Schutzhaftabteilungen in der Gefangenenanstalt Beethovenstraße und im Hintergebäude des Polizeipräsidiums in der Wächterstraße. Im März/April gab es in Sachsen 16 frühe KZ, die noch im Laufe des

Jahres 1933 zumeist aufgelöst wurden und die Basis für die zwei größeren KZ Sachsenburg bei Frankenberg und Burg Hohnstein sowie für Colditz bildeten.

In der Anfangszeit waren die Häftlinge zumeist Kommunisten und wenige linke Sozialdemokraten. Juden sollten nur dann in die Lager kommen, wenn sie sich als Kommunisten betätigt hatten. Doch die Wachmannschaften hielten sich nicht daran und folterten bestialisch gerade die jüdischen Gefangenen. Die Wachmannschaften rekrutierten sich zu einem großen Teil aus arbeitslosen, oft vorbestraften SA- und SS-Männern.

Für an der Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945 interessierte Leser ist vor allem das Buch von Carina Baganz *Erziehung zur „Volksgemeinschaft“*, Metropol Verlag 2005, dienlich, Es umfasst 400 Seiten und kostet 22 Euro.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Da in diesen Vor-Peking-Tagen so viele die angeblich in China fehlende Pressefreiheit besingen, kam mir in den Sinn, ein Liedlein aus meinen Erinnerungen beizusteuern. 1960 war Squaw Valley in den USA Schauplatz der Winterspiele. Wir DDR-Sportjournalisten hatten uns gewissenhaft beim Internationalen Olympischen Komitee angemeldet, widerwillig auch die unsäglichen USA-Einreise-Fragebogen ausgefüllt, in denen man mitteilen musste, ob man Mitglied einer Kommunistischen Partei und in einer der nächsten Spalten auch, ob man geschlechtskrank sei. Als der Abflugtermin näher rückte, eröffnete man mir im USA-Konsulat in der Westberliner Clay-Allee, dass meinen Kollegen und mir die Einreise verweigert sei. Der daraufhin alarmierte IOC-Präsident Avery Brundage (USA) wollte uns nicht glauben, was wir ihm mitteilten und musste ein paar Tage später kleinlaut gestehen, dass sein Versuch, im Weißen Haus deswegen zu intervenieren, gescheitert sei. Er räumte ein, dass das gegen die Olympische Charta verstoße, er aber machtlos sei. Übrigens traf diese Einreisesperre auch DDR-Trainer. So errang Helga Haase trainerlos die erste Wintersport-Goldmedaille für die DDR, ihr Mann Helmut, der sie auch trainierte, hatte sie telefonisch betreuen müssen, eine unselige Premiere bei Olympia.

Keiner von uns kam also nach Squaw Valley und – noch eine „Premiere“ – der Generalsekretär des DDR-Skiläuferverbandes, Ludwig Schröder, sprang als Radioreporter ein und übertrug den Helmut-Recknagel-Sieg.

Ich – damals Sportchef des *ND* – suchte nach einer Möglichkeit, wenigstens einen stabilen Kommunikations-Kontakt zum DDR-Aufgebot herzustellen und stieß darauf, dass die bundesdeutsche Sportnachrichtenagentur *SID* in Düsseldorf eine aufwändige 24-Stunden-Telex-Verbindung nach Squaw Valley unterhielt. *SID* war sehr interessiert, jemanden zu finden, der sie mitbenutzen und damit vor allem mitfinanzieren würde. In der Verwaltung des *SID* saß mit Hans Sauer ein versierter Radsportjournalist, der einige Jahre zuvor die DDR verlassen hatte. Seine Motive habe ich nicht mehr in Erinnerung, weiß aber noch gut, dass unser persönliches Verhältnis nicht gelitten hatte. Also rief ich ihn an, und er schlug mir auf der Stelle einen Vertrag vor, der dem *ND* und der *Jungen Welt* die Benutzung des Fernschreibers gestattete. So reisten Egon Lemke – bis zu seinem viel zu frühen

Tod 1980 einer der einflussreichsten DDR-Sportjournalisten – und ich nach Düsseldorf, suchten uns dort ein preiswertes Hotel und bekamen in irgendeinem *SID*-Zimmer zwei Schreibtische zugewiesen, an denen wir arbeiten konnten. Unser Vertrag sah eine Summe von 3000 DM vor, die wir *SID* zu zahlen hatten, aber als ich Sauer das erste Mal aufsuchte, schlug ich ihm vor, zunächst nur eine Anzahlung von 1000 DM zu entrichten. Er willigte ein.

SID erhielt seine Nachrichten aus Squaw Valley, wir lasen sie als Erste und beschafften uns mit Hilfe der Telex-Verbindung die DDR-Athleten betreffenden Zusatzinformationen und interviewten sie auch. Sehr bald erwies es sich auch als erforderlich, die *SID*-

vetz. Kunze zauderte keine Sekunde und erteilte Moravetz „Hausverbot“ für das Olympische Dorf. Moravetz wusste, dass er sich auf den *Mittag* verlassen konnte und schickte ein zweites Telegramm, das mit fetten Titelzeilen erschien. Wortlaut: „Dank für Eintreten gegen unsportliche Entscheidung des Missionschefs Kunze. Deutsche Skimannschaft.“ Kommentar des *Mittag*: „Kaum etwas anderes ist für uns alle von so entscheidender Bedeutung wie die Bedrohung unserer Freiheit durch den Kommunismus.“

Nun wussten auch alle im Haus, dass wir bei *SID* unserer Arbeit nachgingen. Einer der Mitarbeiter des *Mittag* war ein gewisser Hans Körfer, damals Vorsitzender des Spelausschusses des westdeutschen Fußballbundes. Als er mir eines Tages im *SID*-Büro begegnete, stürmte er spornstreichs zum *Mittag*-Chefredakteur und protestierte gegen meine Anwesenheit. Große Aufregung. Der arme Sauer wurde aus dem Bett getrommelt und in die Richtung beordert. Dort trug man ihm auf, augenblicklich dafür Sorge zu tragen, dass ich das Haus verlasse. Als Sauer den Vertrag mit dem *ND* hervorholte, war allen klar, dass ich am längeren Hebelarm saß. Man bastelte lange an einem „Kompromiss“, der

Sportkolumne

Erinnerungen an olympische Pressefreiheit

Informationen zu überprüfen, als Streitereien um die Nominierung der Aktiven aus Ost oder West für die einzelnen Wettbewerbe losbrachen. Die Skispringer mussten ihre entscheidende Ausscheidung in Squaw Valley austragen und noch hektischer wurde es bei der Nominierung der Alpinen.

Als zum Beispiel die Teilnehmer für den Abfahrtslauf der Männer gemeldet werden mussten, kam nach den Ergebnissen der Ausscheidungen nur Eberhard Riedel (DDR) als dritter Läufer in Frage, aber nach einer plötzlich von westdeutscher Seite präsentierten Wertung sollte Fritz Wagnerberger nominiert werden. Nach stundenlangen Debatten wurde die Frage dem Chef de Mission Herbert Kunze vorgelegt. Der westdeutsche Rechtsanwalt, jeder Sympathie für die DDR unverdächtig, sah die juristischen Fakten so eindeutig, dass er sofort in den Meldebogen Eberhard Riedel eintrug. Am nächsten Morgen erschien der Düsseldorf-Mittag mit einem Protesttelegramm, das übliche Vorwürfe gegen Kunze enthielt und die Unterschrift „Deutsche Skimannschaft“ trug.

Da dem Verlag des *Mittag* das Haus gehörte, in dem auch *SID* saß, hatten wir wenig Mühe, dort zu fragen: „Wer war die ‚Deutsche Skimannschaft‘“ und „Wer hatte das Telegramm verfasst?“ Was man in Düsseldorf angeblich nicht wusste, brachte Kunze in Squaw Valley schnell in Erfahrung: Absender des Telegramms war der Pressereferent des westdeutschen Skiverbandes und *Mittag*-Mitarbeiter Bruno Mora-

folgendermaßen aussah: Ein *SID*-Zimmer wurde leergeräumt und galt fortan als Büro für *ND* und *JW*. Die bis dahin darin tätigen *SID*-Kollegen schäumten, denn sie saßen nun zu sechst in einem anderen Zimmer. Wir grinnten: „Pressefreiheit“.

Ich teilte Sauer mit, dass ich vorerst weitere Teilzahlungen einstellen würde. Der war entnervt, weil man ihm vorwarf, uns aus alter DDR-Verbundenheit entgegengekommen zu sein und beschwor mich: „Keinen weiteren Ärger!“ Ich versprach es ihm, stellte aber einige Forderungen. Zum Beispiel: Musste einer von uns auf die Toilette gehen, mussten *SID*-Kollegen zuvor dort eruiieren, dass eine Begegnung mit *Mittag*-Redakteuren nicht zu befürchten sei. Sie standen also auf dem Flur für uns Schmiere. Es kam vor, dass einer keiner Lust verspürte, für uns die Toilette zu observieren. Die Androhung, dass wir am Zimmer des *Mittag*-Chefs vorbeigehen würden, reichte. Am letzten Tag der Spiele hatten wir Helmut Recknagel am anderen Ende der Leitung und kamen so zum ersten Zeitungsinterview mit dem Olympiasieger.

Am nächsten Morgen händigte ich Sauer noch 500 DM aus, gab für alle *SID*-Kollegen ein Essen in einem nahen Restaurant, wofür ich 300 DM beglich, und als wir nach Hause zurückkehrten, freute sich unser Buchhalter über die 1200 DM, die ich ihm wieder mitbrachte.

Also: Wenn demnächst wieder die Pressefreiheit besungen wird – ich singe mit.

Die Idee von Oberbürgermeister Burkhard Jung, das Marx-Relief mit der Erinnerung an die Paulinerkirche zu ergänzen, regt zum Nachdenken an und zwingt zu geistiger Auseinandersetzung. Trotzdem stellt sich dann die Frage, ob es nicht besser wäre, das Marx-Relief statt mit einer kulissenhaften Paulinerkircheninstallation besser mit dem neuen Original zu kombinieren. Immerhin nimmt die moderne Fassadengestaltung des niederländischen Architekten Erick van Egeraat in gekonnter Weise bewusst Bezug zur historischen Universitätskirche am Hauptgebäude mit der zukünftigen Paulineraula. Es entstünde wirklich Kunst statt provinzieller Kitsch.

Marx-Relief vor Original statt Kulisse

Damit kann bisher ohnehin nicht eingestelltes Geld für die Herstellung und Montage sowie Unterhaltung der Stahlkonstruktion eingespart werden. Gleiches betraf die überflüssige Hinweistafel, da die Gedanken ohnehin frei sind und es fraglich ist, ob ein Kunstwerk eine Gesellschaftsordnung „entlarven“ kann, da Erinnerungen zu allererst durch das vielfältige Erlebte geprägt werden. Es kann höchstens „denk mal!“ sein. Somit ließe sich für den Freistaat, der durch die Landesbankpleite finanziell arg gebeutelt, ist,

auch noch Geld sparen. Der selbst in der Provinz nicht mehr gewollte abgehalfterte Staatsminister und nunmehrige CDU-Stadtvorsitzende Herr Winkler sollte sich statt fortwährend billiger Polemik um wahre Inhalte in der Kommunalpolitik kümmern und Vorschläge unterbreiten, die Leipzig wirklich vorbringen, anstatt fortwährend Schmierkomödien zu inszenieren und als Bremsklotz Freistaat und Stadt mit Baustopps zu nötigen.

SIEGFRIED SCHLEGEL
Stadtrat

Zu LN 4'08: "Der Mensch im letzten Viertel ..."

Eva Müllers Überlegungen zum Tod

Jeder Mensch macht sich irgendwann Gedanken über den Sinn des Lebens. Insofern beanspruche ich mit meinen Zeilen nicht, etwas Neues zu bieten, ich versuche vielmehr eine bestimmte Systematisierung zu geben.

Der Mensch ist Teil der Natur und deshalb, wie jede andere Art der Fauna und Flora, an der Erhaltung seiner Art beteiligt und dazu auch verpflichtet. Weil er aber im Unterschied zu jener ein denkendes und bewusst handelndes Wesen ist, zeichnen ihn Besonderheiten aus, wie unbedingte Erfordernisse der Erziehung, Bildung, Handeln im Sinne der Reproduktion des Menschen und der Umwelt und die dazu

erforderliche Forschung.

Das stellt hohe Forderungen an Elternhaus, Schule, Förderung jeder Begabung, auch der aus benachteiligten Schichten der Bevölkerung. Alles das kann die jetzige kapitalistische Gesellschaft nicht annähernd erfüllen.

Würdevolles Selbstbestimmen seines Todes, auch das behindern die selbstgerechten Christdemokraten, die glauben, die Ethik gepachtet zu haben.

Wieso kann der Mensch, der während seines Daseins in dieser Gesellschaft auf sich selbst gestellt ist, über die Art seines Todes nicht selbst entscheiden?

HEINZ BERGER, LEIPZIG

ES BEGANN DAMIT, DASS EINER aus unserer Runde nicht in den Regen hinauswollte und uns überredete, statt durch Wälder durch Fernsehprogramme zu streifen. Irgendwann landeten wir beim MDR in der Sendung *Fakt ist* und kamen sehr bald dahinter, dass uns ein Erlebnis erwartete, wie es uns die Natur kaum bieten konnte. Das war in dem Augenblick, als die Teilnehmer der Talkrunde vorgestellt wurden. Zum Beispiel Heinz Eggert, der mal sächsischer Innenminister gewesen war und nach einigen Prozessen nicht gerade als Super-Kronzeuge präsentiert werden konnte. Er hatte einen Arzt bezichtigt, ihn zu DDR-Zeiten im Auftrag des MfS mit üblen Medikamenten „vollgestopft“ zu haben. Ein Gericht rehabilitierte den Mediziner. Oder Hildigund Neubert, sie hatte in der DDR studiert, im Chor des Weimarer Nationaltheaters gesungen und kämpft seit 2003 als „Stasibeauftragte für Thüringen“. Jochen Wolf fungiert als Chefredakteur der *Super-Illu*. Diesem Trio stand Sarah Wagenknecht allein gegenüber, Europa-Angeredete der Linken. Stand gegenüber, denn das Thema lautete: *Verklärt und vergessen? – Neue Sehnsucht nach der DDR*. Der Moderator begann zielstrebig: „Frau Wagenknecht, fällt ihnen was Negatives ein?“

Ihre Antwort: „Es ist unbestritten, dass die DDR negative Seiten hatte, das Problem ist nur, dass man nach 1989 versucht hat, die DDR ausschließlich auf ein Negativbild zu reduzieren, das funktioniert einfach nicht, zumindest bei den Leuten nicht, die die DDR erlebt haben, weil sie auch wissen, ... was es zum Beispiel wert war, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, sich keine Sorgen zu machen über explodierende Mieten, über ein Gesundheitssystem, wo man damals eben nicht zehn Euro hinlegen musste, um den Arzt zu sehen ...“

Eggert erbot darauf: „Ich denke, man muss sich grundsätzlich darüber einigen, war die DDR eine Diktatur oder war sie keine? Ich denke, sie war eine. ... Ich kann das auch mit der Gesundheit nicht so teilen. Ich bin jahrelang Pfarrer gewesen. Wenn ich in die Altersheime ging, dann waren die alten Leute teilweise zu sechst auf einem Zimmer, da gab es ein Spind, einen Tisch, einen Stuhl, ein Waschbecken, nicht mal eine Dusche. ... Ich habe Leute sterben sehen im Krankenhaus, weil die keine Hüftgelenke bekamen, sie durchgelegen hatten. Die DDR ist grundsätzlich in ihrem Aufbau eine Diktatur einer bestimmten Partei gewesen, die im Grunde nicht zugelassen hat, dass Freiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit überhaupt existiert.“ Sarah blieb ganz „cool“: „Ich möchte doch sagen, ich finde es wirklich nicht verantwortungsvoll, so leichtfertig über Diktatur zu reden. Also ich kenne eine deutsche Diktatur, die Millionen Menschen das Leben gekostet hat, die blutig war und das war der Hitlerfaschismus und ich finde alles, was die DDR dem irgendwie gleichsetzt oder auch nur in die Nähe bringt, ist eine gnadenlose Verharmlosung der Nazizeit.“ (Starker Beifall)

Eggert nahm neuen Anlauf: Ich kenne ... sehr viele, wenn sie sagen, sie hätten die gleichen Chancen gehabt, wenn sie zur evangelischen Kirche gingen, oder zur katholischen Kirche, wenn sie nicht zur Jugendweihe gingen, sie kamen doch nicht einmal dazu, Abitur zu machen. Die bekamen keine vernünftige Lehrstelle. Die durften nicht studieren und wenn sie dann studieren durften, durften sie hinterher ihren Doktor nicht machen. Wo haben

sie eigentlich gelebt?“

Der Moderator rief Jochen Wolf in den Ring: „Jetzt haben wir schon einen richtigen Streit zwischen zwei Menschen, die richtige Osis sind. Sie stammen aus Bayern, ihre Frau stammt aus Ostberlin und ist, wenn ich richtig informiert bin 1986 ausgereist, weil sie hier der Meinung war von Herrn Eggert, dass dieser Staat ein Unrechtsstaat ist und dass dieser Staat einem jungen Menschen alle Freiheiten nimmt.“

Wanderungen
durch Neufünfland



Wolf spürte die Stimmung im Studio und begann vorsichtig: „Wir sollten nicht den Fehler machen, einen untergegangenen Staat schönzureden, wir sollten Anstrengungen machen, dass wir Westdeutsch- und Ostdeutschland zusammenzuführen, um gemeinsam die Zukunft zu schaffen und wenn in dieser Bundesrepublik einiges nicht funktioniert, dann lasst es uns zusammen anpacken, es besser zu machen ...“ Der Moderator glaubte, Sarah doch noch in Schwierigkeiten bringen zu können: „Eins, zwei, drei, Frau Wagenknecht, Überwachungsstaat, Mangelwirtschaft, unfreie Bürger, das haben wir jetzt mehrfach gehört. Sie wollen von all dem gar nichts mitbekommen haben?“

Sarah Wagenknecht souverän: „Ich habe doch gar nicht in Abrede gestellt, dass die DDR erhebliche Defizite hatte, dass es erhebliche Probleme gab ...“

Der Moderator wollte zum Kern: „War es eine Diktatur?“

Sarah schien auf die Frage gewartet zu haben: „Nein, ich finde den Begriff Diktatur so nicht anwendbar, weil der für mich mit dem deutschen Faschismus festgelegt ist. Und ich finde, dass man das nicht gleichsetzen kann.“

Eggert wählte ein anderes Gleis: „... Dieser Staat war einfach pleite und was sie unter sozialer Sicherheit verstehen – waren sie zu DDR-Zeiten mal in einem Altersheim? Waren Sie zu DDR-Zeiten mal in Krankenhäusern? ... Dann gehen sie heute mal durch und wenn ihnen dann nichts auffällt, dann müssten sie ins Blindenheim.“ (Die Attacke wurde beklatscht.)

Wagenknecht blieb gelassen: „Das Problem ist doch nicht, ob damals die Altersheime sehr positiv waren oder nicht, sie sind auch heute sehr differenziert, sie können sich wunderbare Seniorenheime leisten, wenn, wenn sie genug Geld haben...“ Die singende Stasiforscherin Neubert fuhr dazwischen: „Das billigste AOK-

Altersheim ist tausendmal besser als ein durchschnittliches DDR-Altersheim. Das müssen sie doch sehen.“

Eggert trat nach: „... das will sie ja nicht sehen ...“

Die Neubert warf alle Hemmungen ab: „Die Altersarmut war eklatant. Die Alten sind auf den Straßen rumgelaufen und viele haben in den Papierkörben gewühlt.“

Sarah Wagenknecht war nicht aus dem Tritt zu bringen: „Das Merkwürdige ist,

uns selber drum kümmern. ...“

Der Moderator, bemüht, die Kernfrage im Auge zu behalten: „Bleiben wir doch noch mal einen Augenblick genau bei diesem Unterschied zwischen dem System auf der einen Seite und der persönlichen Lebensleistung, Frau Wagenknecht. ...“

Darauf Wagenknecht: „Aber das lässt sich ja nicht völlig trennen. Also auch die Lebensleistung von vielen Menschen ist ja sehr bewusst in den Aufbau einer anderen Gesellschaft eingebracht worden. ... Und ich denke auch, man muss sehr differenziert gucken, was die Leute 1989 wollten, ... da wurde nicht der Kapitalismus gefordert, da wurde ein besserer, ein reformierter Sozialismus gefordert. Das ist was völlig anderes.“

Eggert vorsichtig: „... ein Irrtum war der, dass der Westen geglaubt hat, es ist ja gut, es kommen 17 Millionen dazu ... und im Osten hat man teilweise geglaubt, es ist ja gut die D-Mark kommt und alles bleibt wie es ist. Miete 70 Mark, Straßbahn 20 Pfennige ...“

Der Moderator wechselte das Thema: „Herr Wolf, in der Märzausgabe der *Super-Illu* gab es einen großen Artikel über Herbert Köfer unter dem Motto *Ich war gern DDR-Bürger*. Da gab es viele Briefe...“

Wolf: „Dieses Thema haben wir aufgegriffen und seitdem eine Flut von Zuschriften. ...“

Moderatorin Klein: „Zwei Gymnasiasten habe ich bei mir, nämlich Annemarie Langfeld und Manuel Brachmanky. Zunächst die Frage, die vorhin auch in der Umfrage kam: Was fällt ihnen als erstes ein, wenn sie DDR hören...“

Langfeld: „Eine sichere Zukunft.“

Moderatorin Klein: „Und Innen?“

Brachmanky: „Natürlich solche Sachen wie die Mauer, Stasi, aber natürlich auch der Trabi, solche Sachen, die eben wirklich charakteristisch sind.“

Moderator: „Frau Wagenknecht, wenn sie vor Schülern stehen würden, was würden sie denen denn unbedingt über die DDR erzählen?“

Wagenknecht: „Natürlich muss man auch einiges darüber sagen, wie bestimmte Rechte eingeschränkt wurden, natürlich war die Staatssicherheit nicht etwas, was irgendeiner positiv darstellt... Sie haben vorhin gesagt, heute können sich die jungen Leute ihr Leben selber erarbeiten, man muss nur besonders tough sein und dann wird man schon was. Und das stellt im Grunde die Tausenden jungen Menschen, die noch nicht mal einen Ausbildungsplatz bekommen, am Ende hin als welche, die ... nicht mal die Fähigkeit haben, sich einzubringen. ...“

Wagenknecht zu Eggert: „Das ist so bei der DDR, da gucken Sie genau auf die negativen Seiten, die finden Sie furchtbar. Bei den heutigen negativen Seiten – wenn der Lidl-Konzern seine Mitarbeiter bespitzelt, da höre ich von ihnen nichts, das ist ihnen offensichtlich egal. Sie haben bei der DDR die Mängel ständig im Focus, die heutigen Probleme, die heutigen sozialen Untaten, die heutige soziale Existenzangst der Menschen ... das ist ihnen völlig egal! Das sind ihre Schablonen...“

Moderatorin: „Dann lösen wir jetzt mal den TED auf. Wir hatten gefragt, hatte die DDR mehr gute oder mehr schlechte Seiten?“

15 500 Leute haben angerufen und für mehr gute Seiten haben sich 78,4 Prozent entschieden. Für mehr schlechte Seiten stimmten 21,6 Prozent.“

Wir, die Wanderer waren zufrieden, dass wir den Abend vor dem Fernseher gebracht hatten.

• KLAUS HUHNS

Die Nacht mit Sarah und der DDR

... diese viel ärmere DDR konnte sich aber komischerweise Dinge leisten, wo heute gesagt wird, es ist nicht finanzierbar, Kindergartenplätze, Kitaplätze, eine Ausbildung für die man nicht zahlen musste, Zahnprothesen für die man nicht zahlen musste. Warum konnte sich diese arme DDR mit ihrem schlechten Wirtschaftssystem das alles leisten?“

Eggert schaltete den Rückwärtsgang: „Ich bin nicht der Meinung, dass alles hundertprozentig gut läuft in unserer Demokratie. Ich bin auch der Meinung, dass sehr vieles verändert werden muss, ich spreche auch gern mit ihnen darüber, ob man eventuell die Kinder in den Hort schicken sollte, ob man das einrichten sollte, nur eins darf es nicht mehr geben, wie zu DDR-Zeiten, dass der Hort genutzt wird, um von einer Partei her, das Denken der Kinder auszuforschen, beziehungsweise zu lenken. ... Es gibt ja auch Leute, die sagen, die DDR war eine Diktatur, aber die Zeit war nicht vergebens. ... Selbst, wenn ein Staat bankrott geht, selbst, wenn es eine Diktatur war, die Lebensleistung, die jeder einzelne in diesem Staat erbracht hat, ist eine Lebensleistung und die entwertet sich nicht, auch wenn sie sich nicht auf dem D-Mark- oder Euro-Konto niederschlägt.“

Wolff fuhr ihm hinterher: „... Wir müssen Respekt haben vor der Lebensleistung der Menschen, auch vor dem Fall der Mauer. Die haben Unheimliches geleistet und jeder, der seinen rechtschaffenen Alltag bestritten hat, der seine Kinder erzogen hat, Familie, im Beruf seinen Mann gestanden hat, vor dem sollten wir alle einen Riesenrespekt haben. Und das auch im Westen. Das ist der Fehler gewesen nach der Wende, die DDR wurde zu sehr auf Mauer und Stasi reduziert ... Da ist etwas aufzuarbeiten, da ist etwas nachzuholen, dass sich Ost und West in Augenhöhe gegenüberstehen können. ... Ich les das ja aus den vielen, vielen Briefen, die wir bekommen zu hunderten. Da kommt häufig der Satz vor: Der Staat hat sich um alles gekümmert. Es ist, weil der Staat kümmert sich nicht um alles, er kümmert sich nicht um die Lehrstelle, er kümmert sich nicht um den Arbeitsplatz, wir müssen einfach denken, wir müssen



fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 21. April, 20.15 Uhr, Chemnitz
Buchvorstellung und Diskussion: *Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit.* Mit dem Autor Hannes Heer, Hamburg. In Zusammenarbeit mit Thalia Buchhandlung. ***
Thalia Universitätsbuchhandlung, Galerie Roter Turm, Neumarkt 2

Dienstag, 22. April, 19 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit.* Mit dem Autor Hannes Heer, Hamburg. Moderation: Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig. In Zusammenarbeit mit Buchhandlung „el libro“ und UT Connewitz e. V.
UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Str. 12a

Mittwoch, 23. April, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Diskussion: *Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit.* Mit dem Autor Hannes Heer, Hamburg. ***
Kulturthaus Dresden, Königstr. 15

Donnerstag, 24. April, 17.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Die tschechoslowakische Reform als Bestandteil der Wirtschaftsreformen in Osteuropa während der 60er Jahre.* Mit Prof. Dr. Jörg Roesler, Berlin.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10, Bibliothek

Donnerstag, 24. April, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Qualität braucht gute Ausstattung – Die Entwicklung öffentlicher Beschäftigung in Deutschland und den skandinavischen Ländern.* Mit Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D., Leipzig. Moderation: Dr. Dieter Janke
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

25.–27. April, Freitag bis Sonntag, Dahlen
Kolloquium des Rohrbacher Kreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen: *Anforderungen an eine nachhaltige Wissenschaftsentwicklung.* Mit Prof. Dr. Ruth Milachowski, Prof. Dr. Wolfgang Methling, Dipl. pol. H. Lange, Dr. Monika Runge, Dr. D. Schultz, Prof. Dr. Roland Opitz, Prof. Dr. Hubert Laitko, Prof. Dr. R. Krampitz, Prof. Dr. Kurt Reiprich
Hotel Käthe-Kollwitz-Hütte, Holzstr.

Montag, 28. April, 19 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Heraus mit dem Frauenwahlrecht – Entstehung und Entwicklung der Frauenrechtsbewegung in Deutschland.* Mit Dr. Gisela Notz, Königswinter. Veranstalter: Fachschaftsrat Geschichte, StudentInnenrat Universität Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.
Universität Leipzig, GWZ, HS 2.16, Beethovenstr. 15

Dienstag, 29. April, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Theodor W. Adorno und die Frankfurter Schule.* Mit Vanesse Vidal, Valencia, Mainz. Moderation: Prof. Dr. Hans-Martin Gerlach.***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 30. April, 18.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Erich Fromm – ein zeitgemäßer Freudomarxist?* Mit Prof. Dr. Siegfried Kätzel, Leipzig
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a

Cineding

Leipzig, Karl-Heine-Str.

Mia san dageng!, 21. – 30. 4., 22.30 Uhr

Darjeeling Limited, 21. 4. – 23. 4. 20.15 Uhr und 22.30 Uhr

Die österreichische Methode 21. 4. – 23. 4., 20.15 Uhr

Wunschkfilm: *Taxidriver*, 24. 4. – 30. 4., 20.15 Uhr

Perspolis (frZO mU), 24. 4. – 30. 4., 20.15 Uhr und 22.30 Uhr

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz

Ausstellungen

Bach – Mendelssohn – Schumann. Triumvirat einer Musikstadt. Ausstellungsfoyer, 10. 4.–5. 7.

InselLichter. Fotografien der schottischen Inseln. Oberlichtsaal, 3. 4.–21. 6.

Das bewegt uns. Fotoausstellung des Jugendkulturzentrums O.S.K.A.R., Galerie der Kinderbibliothek, noch bis 30. 5.

In dieser Sprache ... Zum 65. Geburtstag von Roland Erb. Kabinettausstellung des Literaturarchivs, Aufgang rechts, 31. 3.–7. 6.

Ein Buch muss die Axt sein für das gefrorene Meer in uns. Zum 100. Geburtstag von Franz Kafka (am 3. Juli 2008). Kabinettausstellung des Literaturarchivs, Aufgang links, 1. 4.–7. 6.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im April neu bei uns:

Olaf Baale: *Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden.* dtv Taschenbücher, 12,90 Euro

Klaus Steiniger, Vor- und Nachwort Rainer Rupp: *CIA, FBI & Co.* Das Neue Berlin, 14,90 Euro

Arno Hecht: *Enttäuschte Hoffnungen.* edition ost, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Bildungsfahrt nach Dachau und München

am 07./08.06.2008

mit der Jugendgruppe in und bei der LINKEN

Was gibt's? – Besuch der KZ-Gedenkstätte mit Führung und eine Gesprächsrunde mit Zeitzeugen am Samstag sowie eine historische Stadtführung durch München am Sonntag

Anmeldung und Fragen?

agj@linkspartei-leipzig.de oder per Tel./Fax: 0341/14064411/18 bis 30. Mai 2008

Was kostet's? 40 Euro (normal) oder 20 Euro (ermäßigt). Die Bezahlung erfolgt in der Geschäftsstelle der LINKEN, Leipzig, Braustraße 15. Im Preis enthalten sind die Busfahrt, der Besuch der Gedenkstätte, die Gesprächsrunde, die Stadtführung, das Abendessen sowie die Übernachtung in Mehrbettzimmern in der Jugendherberge Dachau mit Frühstück.

Unsere Genossin

Marianne Kampfrad

ist am 25. März verstorben.

Ihre Solidarität und Tatkraft trotz hohen Alters wird in unserem Gedächtnis bleiben.

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Mitte DER LINKEN

9. Gedenkmarsch

4. Mai 2008



unter Schirmherrschaft von Peter Sodann

Ablauf des Gedenkmarsches

Leipzig:	8.15 Uhr	Zwangsarbeiterdenkmal, Permoserstraße
Borsdorf:	9 Uhr	Heimatmuseum, Beginn Friedensgebet mit Lars Schimpke
Gerichshain:	10 Uhr	Parkplatz, Geleitworte von Monika Alexandrow
Machern	11 Uhr	Bustransfer nach Deuben
Machern	11.30 Uhr	Pause
Deuben	11.45 Uhr	Abmarsch nach Bennewitz
Deuben	12.30 Uhr	Geleitworte von Stephan Meister
Bennewitz	12.40 Uhr	Gedenkveranstaltung mit Hans-Peter Buchmann, dem polnischen Generalkonsulat und Peter Sodann
Wurzen	14 Uhr	Ende der Veranstaltung, Bustransfer nach Borsdorf
	14.30 Uhr	

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

23. 4., 14.30 Uhr: *Musikalischer Nachmittag für und mit Senioren.*

26. 4., 16 Uhr, Puppenbühne Schmidt: *Der kleine Indianer.*

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

24. 4., 16.30 Uhr: *Die Linke in der Opposition – was kann und was muss sie leisten.* Gespräch mit Prof. Dr. Kurt Schneider

Teufelstreffen

von Petra Nowak

Ja, auch ich traf einst den Teufel
Und ich ging mit ihm spazieren.
„Sei gegrüßt, mein Freund?“ So sprach er
und seine Trauer ließ mich frieren.
Da wo einst die Späße saßen,
da wo einst er trug den Scherz,
war'n jetzt nur noch leere Taschen
und die Freude ausgemerzt.

Und die Augen meines Teufels
Waren nur noch trüb und grau.
Früher schossen ihm doch Blitze
Aus den Augen, rot und blau!
Jetzt, jetzt blickt er nur noch müde
Auf die Erde vor dem Fuß.
Und ich sehe auch, er hinkt jetzt mehr,
und ich seh auch, daß es sein muß.

Seine Hände, ach, sie zittern,
fort die roten Handschuh sind.
Und die Stiefel, einst schwarzglänzend,
nur noch grau, mit Staub geschminkt.
Ach, und erst die schwarzen Locken
Und der schwarzen Brauen Licht,
sind so grau noch und so trocken
ist die Stimme, wenn er spricht:

„Nein, ich komme nicht mehr zu Euch,
Ihr seid nicht mehr mein Plaisier.
Ich bin hier doch nicht mehr tragbar,
denn die wahren Teufel seid Ihr!
Ihr könnt töten und noch lachen,
grausiger als ich es bin,
und in Euren Feuertänzen
geht die ganze Welt dahin!“

Ja, auch ich traf einst den Teufel
Und ich ging mit ihm spazieren.
Niemand wird ihn nun mehr sehen
und Ihr Menschen macht mich frieren!



Man verliert die meiste Zeit damit, dass man Zeit gewinnen will ... (John Steinbeck)

...offenbar auch an Leipziger Straßenbahnhaltestellen um 10 19

16 Lößnig 10:22
16 Lößnig 9:52
16 Lößnig 10:42

Foto: Eiltzer

Wussten Sie...

... dass das zweithöchste Leipziger Bauwerk nach dem Cityhochhaus (142 Meter) weder der Rathausturm (110 Meter) noch das Hochhaus an der Wintergartenstraße (109 Meter) oder das Hotel „The Westin“ (95 Meter) ist, sondern der Telekom-Turm Holzhausen (134 Meter)? Ab Platz fünf folgen das Völkerschlachtdenkmal (91 Meter), der Messeturm (90 Meter) sowie der Turm der Peterskirche (89 Meter). Auf Platz zehn liegt das MDR-Hochhaus (82 Meter), auf Platz zwölf die gerade verscherbelte Landesbank (71 Meter). Platz 20 erreicht das Krochhochhaus (51 Meter) und einen immer noch stattlichen Platz 22 belegt der Turm des Alten Rathauses (44 Meter), der im 16. Jahrhundert erbaut wurde.

Leipziger Silbenrätsel

a – be – ben– buch – c– di – e – er – floß– gra – heu – kalb – ma – matt – mes – plei – ri – ric – se – ße – such – ver- von

- 1.) Leipziger Maler und Grafiker (gest. 2004)
- 2.) Fluss in Leipzig
- 3.) wurde oft an der Leipziger Oper gespielt
- 4.) männlicher Vorname
- 5.) regt meist zum Nachdenken an
- 6.) prägt Leipzig seit langer Zeit
- 7.) alter Transportweg in Leipzig
- 8.) Hofmarschall bei Schiller
- 9.) alter weiblicher Vorname
- 10.) wichtiges Vitamin
- 11.) wenn Gäste kommen

Die letzten Buchstaben ergeben den Geburtsort von Antwort 1

Auflösung LN 6 / 08: motteler – agra – reudnitz – georgi
auwald – runki – eichenberg – teubner – elster – brehm –
lutherkirche – althen – nauendörfchen – kehl
Gefragt war: Margarete Blank

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Zum neuen Überwachungsskandal von Arbeitern mittels Videoanlage:
„Vieh und Mensch werden bei dieser Fleischverarbeitungsfirma Tönnies auf eine Stufe gestellt.“
„Report Mainz“, ARD 7. 4.

Bei „Maischberger“:
„Die Amerikaner haben langfristig eine politische Intrige gegen China angezettelt.“
Peter Scholl-Latour über die Olympia-Irritationen. ARD 8. 4.

Von einer Partei zur anderen:
„Ich bin ein Wanderer zwischen den Lagern.“
Ex-Grüner Oswald Metzger in „Frontal“, ZDF 8. 4.

Während einer Fernsehdiskussion:
„Wir haben in Deutschland 6,5 Millionen im Niedriglohnsektor Beschäftigte. Selbst bei einem Vollzeit Arbeitsplatz können sie nicht von ihrer Arbeit leben. Aber der Staat kann nicht auf Dauer diese Dumpinglöhne aufstocken.“
Reinhard Bispinck (Hans-Böckler-Stiftung) Phönix, 8. 4.

Der Autor Günter Wallraff hat sich mit Ausdauer und Krafttraining auf seinen jüngsten verdeckten Einsatz als 50 Jahre alter Fabrikarbeiter vorbereitet
Videotext, ARD 9. 4.

Wenn der Führerschein weg ist, wissen viele Autofahrer oft nicht, was sie erwartet, wenn sie ihren „Lappen“ nach Ablauf der Straffrist zurückhaben möchten.
LVZ 9. 4.

„Was habe ich mir da bloß in den Mund gelöffelt...?“
Entgeisteter Tester bei einem Joghurtgeschmacksvergleich.
Brisant, ARD 10. 4.

Viele Menschen sind seit Jahren arbeitslos oder im Niedriglohnsektor beschäftigt. Ihr Beiträge in die Rentenkasse fallen sehr gering aus.
Gunnar Winkler, ehrenamtlicher Präsident der Volkssolidarität in WZ „Freitag“ Nr. 15

Zu Roman Herzogs Widerworten in Sachen Rentenerhöhung meint Journalist Stephan Casdorff:
„Es geht hier nicht um Alter gegen Jugend, sondern es geht in dieser Gesellschaft um arm oder reich. (...) Nicht zu vergessen: Roman Herzog bekommt wohl 100 Prozent seiner früheren Bezüge.“
Presseclub, ARD 13. 4.

• ENTDECKT VON SIEGFRIED KAHL

„Allgemeinmenschliches“

Der Lohn der Klugen:
Sie erkennen die Dummheiten der anderen.
Die Strafe der Klugen:
Sie können nichts dagegen tun.
Die Tragik vieler kluger Menschen besteht darin, dass sie die Lage der Welt wesentlich besser beurteilen können als ihre eigene.
So wie man zu einem hinaufsieht, schaut er auf einen herab.
Mancher kluge Kopf eilt seiner besten Zeit weit voraus.
Das Leben lässt sich nur ertragen, wenn wir von Zeit zu Zeit von Gerächtigkeit träumen.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer
Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro
Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345
Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. April 2008
Die nächste Ausgabe erscheint am 2. Mai 2008
Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40